

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 243.

Montag, den 17. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Die Berliner Wahlen.

Die Mehrheit noch unentschieden.

II. Berlin, 17. Oktober.

Die gestrigen Wahlen zu den Bezirksversammlungen fanden bei herrlichem Wetter statt. Sie wurden, soweit bekannt, nirgends gestört. In 2507 Wahllokale hatten von den 3 200 000 Einwohnern 1 350 000 stimmberechtigte Wähler über 306 Wahlvorschläge zu entscheiden. Als neue Partei trat die vor kurzem gegründete Deutsche Soziale Partei auf die Bildfläche. Das Wahlgeschäft belebte sich nach einer Flaute in den Morgenstunden gegen Mittag, und in der Zeit von 4 bis 5 Uhr nachmittags standen die Wähler in langen Ketten von den Wahllokalen. Die Wahlbeteiligung wird auf etwa 70 Prozent geschätzt. Die Festlegung des Ergebnisses ist durch die Zahl der Wahllokale ziemlich kompliziert, so daß abschließende Zahlen noch nicht vorliegen.

Die Gesamtheit der bürgerlichen Stimmen halten den für die Arbeiterliste abgegebenen Stimmengahlen ungefähr die Wage. Die S. P. D. hat ihren Anhang außerordentlich verstärkt, während die Unabhängigen seit der letzten Wahl stark zurückgegangen sind; die Kommunisten haben sich ungefähr gehalten. Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist ein starker Zug nach rechts festzustellen, Demokraten und Volkspartei haben Stimmen verloren an die Deutschnationalen. Es ist das wohl die Folge der nationalistischen Hege, die seit der ober-schlesischen Teilung gerade in bürgerlichen Kreisen getrieben wird.

Die vorläufigen Zahlen sind folgende: S. P. D. 344 000, U. S. P. 318 000, A. P. D. 157 000, Deutschnational 294 000, Volkspartei 253 000, Demokraten 122 000, Zentrum 61 000, Wirtschaftspartei 82 000, Deutschsozial 11 000. Verschiedene Teilergebnisse stehen noch aus, weshalb ein abschließendes Urteil noch nicht möglich ist. Wesentliche Verschiebungen werden jedoch nicht mehr eintreten.

Die Genfer Entscheidung bestätigt.

London 15. Oktober.

Die Botschafterkonferenz ist mit der Veröffentlichung der Empfehlungen des Völkerbundes bezüglich Oberschlesiens, die jetzt die Zustimmung der britischen Regierung erhalten haben, bekräftigt worden. Derselbe Körperschaft wird demgemäß die interalliierte Abstimmungs-Kommission über das Wesen der Entscheidung unterrichten und sie auch der deutschen und der polnischen Regierung zur Kenntnis bringen. Die britische Regierung erkennt an, daß die Regelung sehr gerecht und unparteiisch ist. Wie sie selbst die Empfehlungen ohne Mißfrage und Bedenken annimmt, so erwartet sie, daß dies von allen beteiligten Parteien in dem gleichen Sinne geschehen wird.

Paris, 15. Oktober.

Die Botschafterkonferenz hat sich in ihrer heutigen Sitzung der vom Völkerbundesrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzsetzung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgesetzt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

Mit dem Entschluß der Entente, die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen, ist auch die letzte Hoffnung, durch Aufhebung ihrer Vertragsmäßigkeit eine Abänderung herbeizuführen, gescheitert. Wir stehen vor einer unerlöschlichen Tatsache, die man mit welchen Gefühlen immer aufnehmen kann, mit der man sich aber abfinden muß! Jetzt heißt es, den Kopf oben behalten und für das nächste sorgen.

Trotz aller gefühlsmäßigen Proteste werden sich jetzt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen enger und lebhafter gestalten. Denn das Leben fordert kein Recht. Oberschlesien, der politische Streitgegenstand, wird zum wirtschaftlichen Bindeglied zwischen den beiden Ländern. Die deutsche Politik wird mit ruhiger Überlegung das Ihre dazu tun müssen, daß sich das Los unserer von uns getrennten Volksgenossen erträglich gestaltet und daß die Schäden, die die deutsche Wirtschaft erleidet, auf das möglichst geringste Maß beschränkt werden. Zu diesem Zwecke werden Verhandlungen mit Polen

zu führen sein, die nicht vom Haß gegen ein anderes Volk, sondern von der Liebe zu den eigenen Volksgenossen und von der Sorge um die deutsche Wirtschaft geleitet sein müssen.

Was im einzelnen zu tun sein wird, darüber wird man erst reden können, wenn die Entscheidung in ihrem Wortlaut vorliegen wird. Die Veröffentlichung wird jetzt auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Für die Deutschen im abgetrennten Teile Oberschlesiens wie für die Deutschen überall, in Nord und Süd, in Ost und West, die ein verlorenener Krieg von ihrem Mutterlande getrennt hat, gilt das tiefempfundene Bild, das einst Jean Jaures für Elsaß-Lothringen geprägt hat. Diesseits der Mauer steht der Baum, seine Wurzeln reichen aber tief im Erdreich über sie hinaus. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit kann durch keine künstliche Festsetzung politischer Grenzen zerrissen werden.

Erst wenn die wirtschaftlichen Bestimmungen der Entscheidung bekannt sind, wird sich ermaßen lassen, in welchem Maße durch sie die Möglichkeit zur Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen noch weiter herabgemindert wird. Mit übertreibenden Behauptungen werden wir auf die Welt keinen Eindruck machen, es muß klare und ehrliche Rechnung gemacht werden, für die man dann die Berücksichtigung durch alle verlässlichen Wirtschaftspolitiker verlangen und erwarten muß. Daran darf aber kein Zweifel bestehen, daß der ehrliche Wille Deutschlands, sein Wort einzulösen, auch nach dieser furchtbaren Erschütterung weiter bestehen bleibt.

Im Innern macht die nunmehr unabwehrlich gewordene Entscheidung eine sehr schwere Krise wahrscheinlich. Klare Einigkeit und besserer Wille der bürgerlichen Koalitionsparteien könnten sie vermeiden, aber die sind leider schonbar nicht vorhanden. Kommt sie, obgleich die Sozialdemokratie alles tut, um ihren Ausbruch zu verhindern, so tragen die bürgerlichen Koalitionsparteien für sie und ihre Folgen, die, wie es scheint, noch nicht überall ganz begriffen werden, die Verantwortung. Bringt die Weisheit der bürgerlichen Politiker das Reich in eine noch schwerere Notlage, dann soll sie nicht erwarten, daß die Sozialdemokratie aus purer Gümlichkeit und bürgerlichen Wünschen entsprechend die Ratscheren spielen wird!

Der Inhalt der Genfer Entscheidung.

II. London, 17. Oktober. (Telunion.) Der „Observer“ veröffentlicht die grundlegenden Daten der ober-schlesischen Entscheidung. Danach enthält die Entscheidung des Völkerbundes folgende Punkte:

1. Es wurde beschlossen, eine Grenze zu ziehen, die das Industriegebiet durchschneidet und die nach den Grundrissen geschaffen ist, daß ein Minimum von Polen auf der deutschen Seite und ein Minimum von Deutschen auf der polnischen Seite zurückbleiben soll.

2. Da der Kern der Streitfrage wirtschaftlicher Art ist, wurde der Versuch gemacht, die Bedeutung der politischen Grenze dadurch herabzusetzen, daß gewisse wirtschaftliche Maßnahmen beschlossen wurden und zwar während einer Dauer von 15 Jahren und wurde deshalb vorgeschlagen, eine gemischte Kommission von Deutschen und Polen einzusetzen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Völkerbundes. Diese Kommission soll Generalvollmacht haben, um die Einzelheiten für die praktische Durchführung des Völkerbundesvorschlages auszuarbeiten.

3. Bezüglich der Entscheidung soll eine gemischte Kommission einen Plan ausarbeiten, um das ganze Eisenbahnsystem zu einem einheitlichen zusammenhängenden System innerhalb des Industriegebietes zusammenzufassen.

4. Es ist klar, daß eine politische Grenze auch sofort eine Zollgrenze wird. Um diesem Einwurf zu begegnen, schreibt der Völkerbund vor, daß zwei Uebergangsperioden eingerichtet werden sollen und zwar:

a) eine Periode von sechs Monaten,
b) eine solche von 14½ Jahren,
während der die normale Durchführung der Zollgrenze aufgehoben sein soll.

5. Während der Periode von sechs Monaten sollen beide Teile vollkommene Freiheit genießen ihre Geschäfte auszuüben, als ob die politische Grenze nicht bestände.

6. In der Periode von 14½ Jahren dürfen alle Rohstoffe, die entweder aus der deutschen oder der polnischen Zone stammen, oder dort verwandt werden sollen, die Grenze ohne Zoll passieren und auch zurückpassieren. Güter, die für die Fabrikation notwendig sind, sollen gleichzeitig abgabefrei sein.

7. Die gemischte Kommission soll berechtigt sein, ein allgemeines Abkommen zwischen Deutschen und Polen auszuarbeiten für den ungehinderten Export deutscher Rohstoffe, die von der Industrie auf der anderen Seite gebraucht werden. Ein besonderer Paragraph soll eingeführt werden, durch den Deutschland verboten wird, Einfuhrzölle auf Güter aus Polen zu legen.

8. Während der Dauer von 15 Jahren dürfen keine gewaltsamen Enteignungen von Privateigentum stattfinden.

9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, haben das Recht, während einer Zeitdauer von 15 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren. Die deutsche Mark gilt als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone.

10. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibt solange in Kraft, bis die polnische Regierung entsprechende eigene Gesetze erläßt.

11. Die Wasserverforgung innerhalb des Industriegebietes soll, soweit die betreffenden Systeme betroffen werden, unter dauernder internationaler Kontrolle bleiben.

12. Bezüglich der Lieferung von elektrischer Kraft wird dafür gesorgt, daß die jetzige Kraftlieferung nicht unterbrochen wird. Die Polen erhalten das Recht, nach Ablauf von drei Jahren eine der beiden Kraftstationen im Industriegebiet zu kaufen.

Englands Wirtschaftler für eine neue Abstimmung in Oberschlesien.

II. London, den 17. Oktober. (Berl. Montagspost.)

Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht ein von Edo Fimmel, B. Hobson, Kennworthy, Longet, Sir George Paish und Lord Parmoor unterzeichnetes Schreiben, in dem diese als Teilnehmer der internationalen Wirtschaftskonferenz versichern, die Völkerbundsentscheidung in der ober-schlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der schwerste Schlag für die Aussichten auf den Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Die vorgeschlagene Grenzlinie spreche Polen die gesamten ober-schlesischen Zink-, Blei- und Eisenerz zu und annähernd neun Zehntel der ober-schlesischen Kohlenenerzeugung. Der Erfolg der Wirtschaftskonferenz und eines durch die Aufnahme Deutschlands gestärkten Völkerbundes scheine zerstört. Der Tag, an dem Deutschland unfähig sein werde, seine Reparationen zu zahlen, sei viel näher gerückt worden. Zum Schluß des Schreibens heißt es: Niemand werde mit dem Vorschlage des Völkerbundes weniger einverstanden sein, als die ober-schlesische Bevölkerung selbst. Es wird daher, wenn die Entscheidung angenommen wird, nur recht und billig sein, wenn zugleich eine neue Volksabstimmung vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhalte zu wählen:

1. zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird,
2. ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien,
3. ein ungeteiltes polnisches Oberschlesien und
4. ein unabhängiges Oberschlesien unter Leitung des Völkerbundes.

Das Glend der Demokraten.

Um die breite Koalition.

Berlin, 17. Oktober. (Drahtbericht.)

Im Laufe des Sonntags haben zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und maßgebenden Führern der Sozialdemokratie mehrfach Verhandlungen über die politische Lage stattgefunden. Diese Beratungen sind notwendig geworden, nachdem die Demokraten, die noch vor wenigen Tagen im Vorkommensauschuss des Reichstages anerkannt, daß unter den augenblicklichen Umständen eine Demission der Regierung nicht erfolgen darf und deren Minister im Kabinett gleichfalls dafür eintraten, daß die Regierung vorläufig bleibt, plötzlich anderer Meinung geworden sind. Es sind hauptsächlich parteitaktische Rücksichten, die die Demokraten zu der ewigen Wenderung ihrer Ansichten veranlassen. Schon seit Jahr und Tag erleben wir innerhalb der Demokratischen Partei ein unerquidliches Zitterpiel und es ist inzwischen zur Genüge bekannt geworden, welche Unzuverlässigkeit die Demokraten als Regierungspartei auszeichnet. Neuerdings halten es demokratische Führer auf einmal doch für besser, die Regierung zur Demission zu zwingen, da sie glauben, die Hinzusetzung der Volkspartei leichter bewerkstelligen zu können, ihnen mancher Wortwart von den ersehnten neuen Koalitionsgenossen erspart bleibt und die Aussicht auf Weiterexistenz eine längere Zeit nicht als es gegenwärtig anzunehmen ist. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, den Wünschen der Demokraten irgend welche Gefolgschaft zu leisten, sondern sie hält nach wie vor daran fest, daß die Regierung Wirth im Amt bleiben muß, wenigstens solange die Genfer Beschlüsse in Berlin nicht vorliegen. Sobald von den Ententemächten Mitteilungen über die Lösung des ober-schlesischen Problems vorliegen, wird der Reichstag zusammenzutreten und es muß ihm, der die augenblickliche Regierung gewählt hat, überlassen bleiben, ein Urteil darüber zu fällen, ob die Regierung in der ober-schlesischen Frage alles getan hat, was in ihren Kräften stand und ob sie demgemäß in der Lage sein wird, das deutsche Volk weiterhin zu regieren und dem Auslande gegenüber zu vertreten. Wir leben in der Hoffnung, daß das Parlament, das bisher besonders in der ober-schlesischen Frage die Maßnahmen des Kabinetts Wirth mit seiner überproportionalen Mehrheit stützte und anerkannte, sich auch weiterhin für seine Beauftragung in der Regierung einsetzt wird. Aber wenn das auch nicht der Fall sein sollte, wenn die Demokraten und der rechte Zentrumslager taktisch dazu beitragen würden, gemeinsam mit den Deutschnationalen den Reichskanzler Dr. Wirth zu entlassen, dann wird letzten Endes diese Unabständigkeit doch nicht den gewünschten demokratischen Erfolg haben. Die Sozialdemokratie besitzt keine Meinung, auch nur im Geringsten auf die bürgerlichen Bedingungen zur Koalitionspolitik zu verzichten und die Demokraten dürfen sich nicht einbilden, auch nicht hinsichtlich ihrer Unterstützung durch den preussischen Minister Stegerwald, der abermals mit den Kabinettsmitgliedern hinter den Kulissen gemeinsame Sache macht, daß sie die Stärke besitzen, um die Sozialdemokratie zum Zusammengehen mit der Volkspartei ohne Anerkennung unserer Beschlüsse zwingen zu können. Solange die Volks-

partei es ablehnt, die in G6rtlich formulierten Voraussetzungen annehmen und solange sie in der Steuerfrage nicht klipp und klar ihre Stellungnahme 6ffentlich bekanntgibt, solange wird die demokratische Propaganda f6r den notwendigen Eintritt schwerindustrieller Kreise in die Regierung an unseren Ohren verhallen, und keinen Eindruck hinterlassen.

Den Demokraten aber mag das eine gesagt sein: Jahren sie fort mit ihrer bisherigen Politik und 6ben sie weiterhin Gemeinschaft mit den deutschnationalen Demagogen und L6gnern, wie wir es so oft erleben und heute wieder erleben m6ssen, dann ist ihr Untergang besiegelt, trotz Volkspartei und aller anderen Verweilungsma6nahmen. Erst die lechthin im Reichstag abgehaltene demokratische Arbeitnehmerkonferenz hat gezeigt, was demokratische Parteimitglieder von ihrer Partei verlangen und da6 man mit dem, was in letzter Zeit an politischen Handlungen von demokratischen F6hrern geliefert wurde, nicht zufrieden sein kann. Jedenfalls ist die augenblickliche Taktik der Demokraten, die zum Teil von Parteipolitikus diktiert wird, nicht dazu geeignet, das zu verhindern, was man verhindern will: Den Zusammenbruch der demokratischen Partei.

Am Montag nachmittag 4 Uhr findet in der Reichskanzlei eine interfraktionelle Besprechung der Koalitionsparteien des Reichstages statt. Hauptzweck ist die Frage der Regierungsbildung, die durch die Demokraten neu ins Rollen gebracht ist, behoben werden.

Der Kampf um Wirth.

Berlin, 17. Oktober. (Drahtbericht.)

Der Kampf f6r und gegen Wirth beginnt pl6tzlich in der Presse aller Schattierungen wieder aufzuleben, nachdem deutschnationale Demagogen, unterst6tzt von demokratischen Anglistikern aus parteiegoistlichen R6cksichten den Ansto6 hierzu gegeben haben. Die gesamte Berliner Rechtspresse forderte am Sonntag morgen den R6cktritt des Reichskanzlers Wirth und begr6ndete diesen Vorsto6 auf die Reichskanzlerschaft zum Teil damit, da6 jetzt eine Einheitsfront von rechts bis links hergestellt werden mu6 als deren Leiter Wirth nicht der rechte Mann sein soll. Es gibt kaum Worte f6r die unerh6rten skrupellosen weiteren Gr6nde, die herangezogen werden, um den notwendigen R6cktritt Dr. Wirths zu beweisen. Die Sozialdemokratie hat mehrfach vor aller 6ffentlichkeit feststellen lassen, da6 sie der deutschnationalen Katastrophopolitik, wie sie jetzt auch wieder offenbar wird, mit allen Mitteln entgegenzutreten beabsichtigt, und sie hat wiederholt die deutschnationale Hege geb6hrend in das richtige Licht gestellt. Es ist erfreulich, wenn nunmehr auch gewisse b6rgerliche Politiker zu der Einsicht kommen, da6 die deutschnationale Demagogie an den Pranger gestellt werden mu6, und da6 das Volk der Aufkl6rung bedarf, welchen Gr6nden die deutschnationale Hege gegen das augenblickliche Regierungsoberhaupt entprie6t. Die „W6stf6liche Ztg.“ schreibt z. B. in ihrer Sonntag-Morgenausgabe:

„Als Dr. Wirth den Mut hatte, das Ultimatum zu unterschreiben, da setzte er nicht nur das Ruhrgebiet, sondern verhin derte gleichzeitig, da6 die polnischen Banden jedwede Entsch6dung vorwegnahmen. Die Politik, die das Kabinett Wirth in der Zwischenzeit getrieben hat, hat nicht nur die wirtschaftlichen Sanktionen beseitigt und alle Gefahr f6r das Ruhrgebiet in ganz nebelhafte Formen ger6ckt, sie hat auch die Staatsm6nner der Entente bezwungen, Wirth und seinen Kabinettskollegen die eheliche Absicht der Erf6llung 6ffentlich zu bescheinigen. Im Gegensto6 zu allem, was jetzt in der rechtsstehenden Presse zu lesen war, ist die Wirthsche Erf6llungspolitik nicht gescheitert, sondern sie hat bewiesen, da6 nur auf diesem Wege die Abmilderung der wirtschaftlichen Lasten aus dem Vertrag von Versailles zu erreichen ist. Das jetzige Kabinett hat niemals — auch nicht im Ausland — den Glauben gen6hrt, da6 die Lasten von Versailles f6r das deutsche Volk tragbar seien. Gerade das Kabinett Wirth hat im Gegenteil stets darauf hingewiesen, da6 schon der Anfang der Erf6llung die Welt in einen chaotischen Zustand versetzen w6rde, der die Notwendigkeit der Abmilderung auch im Interesse der Vertragskontrahenten erweisen w6rde. Jeder Tag der Reichskanzlerschaft Wirths war ein Fortschritt auf dem Wege der Revision durch die lokale Tat. Da6 Hergl und seine Waffenbr6der, um den Kanzler zu st6rzen, die Dinge anders auslegen, ist selbstverst6ndlich. Sie haben lange die b6hsew6rtige Taktik angenommen, aus der dauernden Beurteilung des Staatswesens parteipolitische Vorteile zu ziehen. Ein Jammer, da6 der parlamentarische Zustand Deutschlands es nicht erlaubt, dieser so gro66precherischen Opposition die Berichtigung zuzugestehen. Sie w6rde als Regierung jetzt bald abgewirtschaftet haben, oder sehr schnell einjagen m6ssen, da6 sie gar keine andere Politik treiben kann. Und jedes neue Kabinett in Deutschland wird die Politik von Wirth und Rathenau treiben m6ssen.“

Leider werden die vorstehenden Worte eines demokratischen Blattes ihre Wirkung auf die f6hrenden demokratischen Kreise verfehlen. Trotz alledem aber wird die Sozialdemokratie versuchen, dem Reich eine schwere innere Krise zu ersparen. Nicht aber gedenkt sie aus purer Gutm6tigkeit abermals wie es bisher immer der Fall war, die Notbelferin zu spielen, wenn die Einsicht zu sp6t kommt und eine Situation geschaffen worden ist, die man sich h6tte ersparen k6nnen.

Das Valutaesend.

Berlin, 16. Oktober. (Drahtbericht.)

Der Kurs der deutschen Mark jetzt sich bed6ngnissgen6 fort. Der Dollar ist am Sonnabend bis auf 150 Mark gestiegen. Die 6stliche Notierung bleibt nur um wenige Pfennige dahinter zur6ck. Im gleichen Ma6e haben sich an der 6stl6ndigen Zahlungsmittel verteuert. Die trostlose Beurteilung des Verlaufes eines Teiles Oberst6lebens f6r die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands f6hrt dazu, da6 auch die Importeure von Rohstoffen und Lebensmitteln sich verp6t mit Devisen eindecken, weil sie an eine Besserung der Valuta nicht mehr glauben, und dadurch wird nat6rlich die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln stark gesteigert. In dem gleichen Ma6e wie sich die Mark entwertet, setzt auch der Aussto6 von Deutschland wieder ein. Ein kleines Beispiel daf6r hat sich an der Grenze zwischen Baden und der Schweiz mit deutlicher Eindringlichkeit gezeigt. Dort wurden in der b6digen Grenzorten zum Schaden der einheimischen Bev6lkerung von den valutarischen Nachbarn fast alle Portale an Kleiderh6nden ausverkauft, so da6 die Reichsregierung gezwungen war, ein Ausfuhrverbot f6r samtliche Textilien im Kleiderverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz zu erlassen.

Auch im Gro6en findet dieser Ausverkauf statt. Teile der Industrie sind nicht nur auf Monate, sondern auf Jahre hinaus voll besch6ftigt, weil die deutsche Ware infolge des Valutastandes bedeutend billiger ist, als jedes ausl6ndische Fabrikat. Nun wird durch den planlosen Ausverkauf Deutschlands die deutsche Zahlungskraft au6erordentlich geschw6cht. Selbst bei dem besten Willen ist es den Au6enhandelsstellen nicht immer m6glich, die Fabrikanten zu verpflichten, die vollen Weltmarktpreise bei der Warenausfuhr zu nehmen. Unterbleitung des Auslandes, damit Schutzz6lle fremder Staaten, sind die unausbleibliche Folge. Es ist daher nicht mehr als berechtigt, wenn die Regierung die Ausfuhrabgaben erh6ht, um wenigstens einen Teil der ungeheuren Valutagewinne beim G6terexport den Reichsfinanzen nutzbar zu machen. Die ungeheuerliche Entwertung der Valuta in der letzten Zeit macht es zur unabweisbaren Pflicht, da6 die Regierung auf Abhilfe sieht. Mit einer Besteuerung der Devisenums6tze, oder gar mit einer zentralen Devisenregelung allein ist da nicht viel getan. Man kann damit wohl den Markt beeinflussen und die Spekulation behindern, nicht aber die Ursachen der Geldentwertung aus der Welt schaffen. Diese liegt vor allen Dingen in der sch6chten Finanzlage des Reichs begr6ndet. Ungeheure Opfer fordern die Wiedergutmachungsleistungen. In welchem Ma6e es m6glich sein wird, 6berhaupt die bisherige Wiedergutmachungspolitik aufrechtzuerhalten, nachdem mit einem Teile Oberst6lebens auch betr6chtliche Produktionswerte der deutschen Wirtschaft verloren gegangen sind, steht noch dahin. Aber es ist kaum damit zu rechnen, da6 die Entente ihre Entsch6digungsforderungen g6nzlich preisgeben wird.

Jetzt liegt der Gesetzentwurf einer Kredithilfe der Unternehmerverb6nde, wie er vom Reichswirtschaftsrat ausgearbeitet wurde, vor. Sein Zweck ist bekanntlich der, die geforderte Erfassung der Goldwerte durch eine freiwillige Kredithilfe zu erf6llen. Der Gesetzentwurf verlangt nun den Zusammenschlu6 der Unternehmerverb6nde und aller Personen mit einem bestimmten Mindestverm6gen zu einer Kreditvereinigung, die im Ausland Goldkredite aufzunehmen hat und deren Mitglieder f6r die Schuld mit einem bestimmten Anteil haften. Der Plan ist geschickt ausgef6hrt und w6rde als wesentliche Hilfe f6r das Reich in der Uebergangszeit begr6t werden k6nnen, wenn er nicht zwei schwere M6ngel aufwiese. Der eine ist der, da6 das Reich lediglich ein Aufsichtsrecht 6ber die Kreditvereinigung erh6lt und da6 diese dem Reich gegen6ber keinerlei B6rgschaften daf6r bietet, ob auch die Kredite wirklich in der erforderlichen H6he aufgenommen werden. Das Reich hat also keinerlei M6glichkeit, die Kreditvereinigung zu zwingen, Kredit aufzunehmen. Ueberhaupt wird das Reich in dem Gesetzentwurf recht st6mmig behandelt. Soll doch die Kreditvereinigung die Goldzahlungen an die Entente nicht 6ber das Reich, sondern unmittelbar an die alliierten M6chte leisten. Der zweite M6ngel ist der, da6 die Kreditvereinigung berechtigt sein soll, die bei ihren Mitgliedern aufkommenden Devisen, die diese nicht selbst brauchen, f6r die Kredithilfe in Anspruch zu nehmen. Das w6rde nichts anderes bedeuten, als da6 die bisher an das Reich zur Beschaffung von Lebensmitteln und f6r die Goldzahlungen an die Entente abgelieferten Devisen jetzt ausschlie6lich der Kreditvereinigung zugute kommen w6ren. Das ist eine au6erordentlich gef6hrliche Bestimmung. Womit soll dann das Reich die Getreideimporte usw. bezahlen?

Schon die wenigen Hinweise zeigen, aus welchem Geiste diese Kredithilfe entworfen ist. Es ist der Geist der Abwehr gegen die Besteuerer. Man k6nnte ihn hinnehmen, wenn dem Reich wirklich eine wesentliche Hilfe f6r die Uebergangszeit zuteil w6rde; dazu bedarf es aber einer gr6ndlichen Ausgestaltung des Gesetzentwurfes, die dem Reich nicht seine bisherigen Rechte nimmt und die es vollst6ndig abh6ngig von der Kreditvereinigung, dem neuen Staat im Staate, macht. Denkt man das aber zu Ende, so kommt man immer wieder zu der Erfassung der Goldwerte, wie sie vom Reichswirtschaftsministerium gefordert wurden. Es hat keinen Zweck, diesen Schlu6folgerungen auszuweichen. Zu gro6 ist die Not, in die das ganze Volk durch das Valutaesend versetzt wird, als da6 man sich noch T6uschungen dar6ber hingeben d6rfte, wie in Wirklichkeit abzuhelfen ist.

Die Goldzuschl6ge auf die Z6lle sind von 900 auf 1900 Prozent erh6ht worden, jedoch wurde f6r eine Uebergangszeit von 14 Tagen die Einfuhr zu den alten Z6llen zugelassen. Die Folge davon ist, da6 die Importeure noch m6glichst schnell Waren zu den alten Z6llen herandr6ngen und sie zu den gleichen Preisen wie die hochverzollten Waren weiter verkaufen. Das Ortsartikel Hamburg des Abundes und der Ortsaussto6 des U. D. G. B. haben daher an den Reichskanzler Dr. Wirth folgendes Telegramm gerichtet:

„Erzellenz! Tiefste Erregung herrscht in Kreisen gro6hamburgischer Arbeitnehmerschaft, ob der zurzeit im Hamburger Hafen betriebenen wucherischen Ausnutzung der angek6ndigten Zollserh6hung. Die 6berm6ssigen und 6berh6rzten Wareneinnahmen zum niedrigen Zollsa6 bedeutet nach der Auffassung der hiesigen Arbeitnehmerschaft einerseits die sch6rffste Sch6digung der Reichskasse, andererseits die M6glichkeit einer 6berm6ssigen Ueberverteilung deutscher Konsumenten. Die einger6umte Uebergangszeit von 14 Tagen gibt die M6glichkeit eines Riesengewinns f6r den Handel auf Kosten der Steuerzahler und Verbraucher. Die unterzeichneten Spitzen der wirtschaftlichen Organisationen der hamburgischen Arbeitnehmerschaft empfehlen dringend, im allgemeinen Interesse die bis zum 20. Oktober laufende Uebergangszeit sofort aufzuheben oder aber den aus der Uebergangszeit dem Handel erwachsenden betr6chtlichen Gewinn auf Kosten des Reiches und aller Verbraucher im allgemeinen Staatsinteresse durch eine Nachvervollung zu erfassen. Es liegt Gefahr vor, da6 Hamburgs organisierte Arbeitnehmerschaft des Hafens zur Selbsthilfe greift, um der zurzeit betriebenen wucherischen Ausnutzung der angek6ndigten Zollserh6hung wirksam entgegenzutreten. Es wird dringend angehegen, zuk6nftig Uebergangsbestimmungen, wie sie jetzt einger6umt sind, nicht wieder zu gew6hren, da diese Uebergangsbestimmungen nur dem Vorteil einzelner auf Kosten der Gesamtheit dienen.“

Das Treiben ausl6ndischer Valutaspekulanten in Wien.

Wien, 17. Oktober.

Ein Ausl6nder, der sich guter Beziehungen zu einer ausl6ndischen Mission in Wien r6hmte, ist vor 2 1/2 Monaten aus

Wien unter Hinterlassung von Verbindlichkeiten in H6he von 42 1/2 Millionen Kronen infolge m66glischer Valutaspekulationen fl6chtig geworden. In diesem Falle sind besonders Privatkauflente gesch6digt, da der Schwindler einer Reihe von Gesch6ftskonten gro6e Einfuhrgesch6fte vorz6hndelte, daf6r Geldbetr6ge empfing und mit diesen Valutaspekulationen a la baissi ausf6hrte. Der Betr6ger soll nach S6dafrika gefl6chtet sein. —

Der Kampf um das Hebammengesetz.

Die Reform des Hebammenwesens geh6rt zu den dringendsten Aufgaben der Gegenwart. Seit Jahren haben Hebammen und 6rzte, vor allem aber die Krankenkassen eine durchgreifende Verbesserung des jetzigen Zustandes gefordert. Verschiedentlich sind auch Schritte unternommen worden, die f6hlbarsten Uebelst6nde zu beseitigen durch bessere Ausbildung der Hebammen und durch Versch6rfung der staatlichen Aufsicht 6ber ihre T6tigkeit. Alles war indessen nur St6ckwerk. Der erste umfassende Versuch, dem Hebammenwesen eine neue gesetzliche Unterlage zu geben, wurde bekanntlich im vergangenen Jahre gemacht. Dieser Entwurf wollte eine angemessene Verteilung der Hebammen 6ber das Land dadurch herbeif6hren, da6 er das zurzeit in einem Teile der preussischen Landkreise bestehende Bezirkshebammenwesen auf das ganze Staatsgebiet ausdehnte. Alle Stadt- und Landkreise sollen ihr Gebiet in Hebammenbezirke einteilen und f6r jeden dieser Bezirke nach Ma6gabe des Bed6rfnisses mehrere Bezirkshebammen durch Dienstvertrag annehmen. Die Bezirkshebammen sollten eine feste Verg6tung erhalten, zu der noch eine besondere Verg6tung f6r jede Entbindung hinzutreten sollte. Hiergegen wurden schon, namentlich von den Rechtsparteien, erhebliche Bedenken erhoben, die in der zweiten Lesung zu dem Beschlusse der preussischen Landesversammlung f6hrten, die freie Hebammenwahl bestehen zu lassen. Die endg6ltige Verabschiedung des Gesetzentwurfes wurde von der preussischen Landesversammlung nicht mehr zum Abschlu6 gebracht, sie stellte jedoch Richtlinien f6r die Vorlage eines neuen Gesetzentwurfes auf.

Die darauf von der Regierung neu ausgearbeitete Vorlage lag dem Staatsrat in seiner jetzigen Lagung zur Begutachtung vor. Leider entsprach dieser neue Entwurf lange nicht den Anforderungen, die unsere Partei an die Reform des Hebammengesetzes stellen mu6. Man merkt fast in jedem Paragraphen den Einflu6, den die Rechtsparteien und die von ihnen gef6hrten b6rgerlichen Hebammenvereine auf die Gestaltung der Vorlage ausge6bt haben. Er will einerseits dem Wunsche der bestehenden Klassen nach freier Hebammenwahl Rechnung tragen, andererseits eine angemessene Verteilung der Hebammen sicherstellen. Man mu6 nach Durchsicht des Entwurfs sagen, da6 das erstere allerdings voll erreicht w6rde, das zweite indessen nicht. Unsere Fraktion im Staatsrat hat daher die lebhaftesten Bedenken geltend gemacht, und unser Redner, Genosse Graf (Frankfurt), der selbst ein halbes Menschenalter im Ortskrankenkassenwesen t6tig gewesen ist, stellte mit Recht fest, da6 der Entwurf die Verbesserung des Gesetzentwurfes von 1920 n6llig au6er acht gelassen habe und an dem jetzigen Zustand eigentlich 6berhaupt nichts ge6ndert werden solle. F6r die Sozialdemokraten sei daher der Entwurf unannehmbar. Auch die Redner der U. S. P. und der Kommunisten lehnten den Entwurf ab, dagegen fand er auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses volle Billigung. Mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums wurde dem Entwurf mit einigen unwesentlichen Aenderungen zugestimmt. Im Landtage, wohin der Entwurf jetzt gelangt, werden unsere Freunde daher einen scharfen Kampf um die endg6ltige Gestaltung des Hebammenwesens zu f6hren haben.

Aus den weiteren Arbeiten des Staatsrats, der sich bis zum 8. November vertagte, ist noch zu erw6hnen, da6 er sich zum 1. November zum dem Gesetzentwurf 6ber die Aenderung des Mittelschullehrerdienstvertragsgesetzes 6u6erte, mit der Ma6gabe, da6 das in Artikel 1 vorgesehene Besoldungsdienstalter von 19 Jahren auf 16 Jahre herabgesetzt wird, und da6 diejenigen Lehrer und Lehrerinnen an 6ffentlichen, nicht staatlichen mittleren Schulen, die am 31. M6rz 1920 mindestens das Gehalt der ordentlichen Seminarlehrer bezogen, f6r ihre Person die Bez6ge der Gruppe 2 des Gesetzes vom 14. Januar 1921 erhalten.

Die Teuerung treibt zu neuen Besoldungsforderungen.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften teilt mit: Die Besoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der L6nder und Gemeinden befindet sich mit der Entwertung des Geldes, die sich in einer allgemerten Teuerung bemerkbar macht, keineswegs mehr im Einklang. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund) unterbreitete daher, um eine rasche, wirksame und durchgreifende Abhilfe zu schaffen, der Reichsregierung und dem Reichstag entsprechende Vorschl6ge neben der allgemeinen Forderung, da6 bei der Bemessung der Besoldungen die Entwertung der Mark im Inlande in vollem Umfang Ber6cksichtigung finden m6sse. Es wird verlangt: eine wesentliche Erh6hung des Grundgehalts, Umwandlung des bisherigen Ortszuschlages in ein vereinfachtes Wohnungsgeld, das der Verschiedenheit des durchschnittlichen Aufwandes f6r Wohnung, Fahrgehd und f6r den Verkehr zwischen der Wohnung und der Arbeitsst6tte entspricht; ein gleichm6ssiger und der Teuerung angepa6ter Kinderzuschlag f6r alle Ortsklassen der Besoldungsgruppen; ein besonderer nach Hunderteilen des Grundgehalts f6r alle Ortsklassen der Besoldungsgruppen gleichbemessener Teuerungszuschlag, ausschlie6lich der zum Grundgehalt unter Festsetzung einer Mindestsumme f6r die geringst Besoldeten usw. Im Interesse der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der L6nder und Gemeinden ist zu erwarten, da6 die Regierung m6glichst bald den Termin bekannt gibt, an dem Verhandlungen 6ber die obengenannten Punkte gef6hrt werden k6nnen.

Verdienste der Hohenzollern.

Nach dem Zusammenbruch im November 1918 wurde das preussische Finanzministerium mit der Zwangsverwaltung der Liquidation des Hohenzollernschen Hofbetriebes betraut. Da es sich um rund 3500 Beamte, Angestellte und Arbeiter handelte, wurde am 10. März 1919 eine besondere Verordnung über die Aufrechterhaltung der vormaligen Hofbeamten erlassen. Es waren dabei einige Schwierigkeiten zu überwinden, hatte doch der vormalige Kaiser vor vielen Jahren seinen Beamten auf sehr billige Art eine bewundernswürdige Auszeichnung verliehen. Die Hofbeamten waren durch allerhöchste Kabinettsorder den Staatsbeamten gleichgestellt worden. Das hat den König von Preußen in jener Zeit nicht viel mehr gekostet, als den Bogen Papier, worauf es geschrieben stand und die Mühe der Unterschrift. Nach dem Zusammenbruch blieb dem Freistaat Preußen nichts anderes übrig, als die Hofbeamten wie Staatsbeamte zu behandeln, und sie, soweit sie überflüssig wurden, auf Wartegeld zu setzen. Die Mehrzahl dieser Beamten, Angestellten und Arbeiter ist in der Zwischenzeit nach und nach in andere Staatsstellungen übernommen worden.

Wilhelm von Doorn hat sich aber auch eine Anzahl Hofbeamte aus, die für seinen holländischen Betrieb und für seine deutsche Verwaltung bei ihm blieben. Während nun die Hofbeamten, die der Staat übernahm, selbstverständlich auch Feuerungszulagen und Beschaffungshilfen bekamen wie jeder andere Beamte, lehnte es die hohenzollernsche Hofverwaltung bis heute ab, die bei ihr verbliebenen Leute ebenso zu bezahlen wie die Staatsbeamten. Im besonderen die Hofverwaltung des früheren Kronprinzen und verschiedener anderer Prinzen denken nicht daran, die bei ihnen verbliebenen Beamten anständig zu bezahlen. Unter ähnlichen Gesichtspunkten werden in der gesamten Hohenzollernschen Hausverwaltung die Beamtenfragen bearbeitet. Es ist ja „altpreussische Sparbarkeit“, bei der Bezahlung der Arbeitskräfte zu sparen, warum sollen sich nicht die Hohenzollern auch diese Verdienste sichern?

Zur Bekämpfung der Prostitution.

Von Anna Bloß, Stuttgart.

SAK. Zunächst erhebt sich die Frage: „Was versteht man unter Prostitution? Sie ist die wahllose, vorübergehende, geschlechtliche Preisgabe an eine Mehrheit für wirtschaftliche Vorteile ohne jede individuelle geistige Beziehung zwischen Mann und Frau.“

Eine gewerbsmäßige Prostitution finden wir schon bei den Vätern des Altertums. Solon richtete Verbote ein, für die Sklavinnen vom Staat gekauft wurden. Das Mittelalter nahm ihr Bestehen als ein „zur Verhütung größeren Unheils notwendiges Uebel“ hin. In Frankfurt a. M. konnten die öffentlichen Dirnen das Bürgerrecht erlangen und wurden wie andere Neubürger in das Bürgerbuch eingetragen. Gewöhnlich wurden die „gemeinen Frauen“ in Frauenhäusern vereinigt. Diese wurden meist von den Stadträten oder den Landesherrn errichtet und bildeten oft eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle, welche selbst hohe kirchliche Würdenträger ohne Skrupel auspumpten und der Adel gern zu Lehen nahm. Sie wurden von den Städten entweder in eigenem Betrieb durch Beamte verwaltet oder an Privatunternehmer verpachtet. Diese hießen Frauenwirte resp. -wirtinnen und standen unter Beaufsichtigung der städtischen Behörden. Die Oberaufsicht lag gewöhnlich in den Händen des Oberbürgermeisters oder einer Ratsdeputation.

Die Frauenhäuser standen als befriedete Orte unter einem besonderen Schutz. Dort verübter Anflug wurde doppelt hart bestraft. Die Insassen hatten ein ausschließliches Gewerbe. Wie die Zunftmeister gegen Störer, so gingen sie gegen den unlauteren Wettbewerb der „heimlichen Frauen“ vor, welche in Bürgerhäusern ihre Schlupfwinkel hatten und übten gegen diese zuweilen gewalttätige Selbsthilfe.

In Leipzig hatten die öffentlichen Frauen eine Verbindung mit eigenen Satzungen und selbstgewählter Vorsteherin. Das Tun und Treiben in den Frauenhäusern war durch besondere Ordnungen geregelt. Die öffentlichen Frauen wurden vor Uebervorteilung und roher Behandlung durch Wirte und Wirtinnen geschützt, sie hatten Freiheit der Bewegung, das Recht des Kirchenbesuches usw. Früh finden wir eine gesundheitliche Ueberwachung. In Ulm gab es eine besondere Badestube für öffentliche Dirnen. Dort wurden auch die Frauen zur Arbeit angehalten. Jede Insassin des Frauenhauses mußte dem Wirt täglich zwei „Andrehen“ Garn spinnen, oder wenn sie das nicht wollte, ihm für jede Andrehen 3 Heller zahlen. Dafür mußte der Wirt in die Hilfskasse der Frauen, zu der jede wöchentlich einen Heller zahlte, jedesmal das Doppelte dieses Betrages legen. Diese Kasse diente zur Unterstützung kranker oder brotlos gewordener Frauenhausfrauen. Es bestand also eine Art Kranken- und Arbeitslosenversicherung, zu der Unternehmer und Arbeiterinnen beitrugen. Ueber Kost und Lohn enthält die Frauenhausordnung von 1416 die genauesten Vorschriften, durch welche die Gewalt des Wirtes in möglichst fest bestimmte Grenzen eingeschlossen wurde.

Überall waren die Dirnen bei öffentlichen Festlichkeiten, namentlich bei Fürstenempfangen, neben der körperlich geordneten übrigen Bevölkerung als besondere Standesgruppe vertreten. Auch bei den Schmäusen und Längen, mit denen sich der Rat und die ehrsame Bürgerschaft vergnügte, durften sie erscheinen. Bei der Durchreise hoher Herrschaften wurden ihre Häuser zu deren Empfang besonders geschmückt und beleuchtet, ja sie wurden bei solchen Gelegenheiten zuweilen auf städtische Kosten gekleidet. In Zürich herrschte noch 1516 der Brauch, daß der Bürgermeister, der Gerichtsdienner und die gemeinen Frauen mit den fremden Gesandten, welche in die Stadt kamen, speisten.

Im 16. Jahrhundert hatte die Prostitution in den deutschen Städten eine fürchterliche Ausdehnung auch außerhalb der Frauenhäuser. Die durch den wachsenden Reichtum geförderte Zuchtlosigkeit in den höheren Klassen, die vielen ehelosen Geisteslosen, Handwerksgehilfen und Kaufmannsdienner, der starke Fremdenverkehr brachten große Verwilderung und Verrohung hervor. Die Reaktion dagegen ging von den Zünften und Gesellenverbänden aus, welche ihren Mitgliedern den Verkehr mit öffentlichen Dirnen untersagten. Später folgten Maßregeln der öffentlichen Gewalt. Die Dirnen mußten gleich den „unehrlichen Leuten“ eine besondere Tracht oder ein Abzeichen tragen. Sie durften nicht

mehr bei Längen und Hochzeiten erscheinen. In den Kirchen erhielten sie einen besonderen Platz. Ihre Leichen wurden auf dem Schindanger verbrannt. Im 16. Jahrhundert kam dazu die Strafe des Ausstellens am Pranger, das „Schnellen“ oder die öffentliche Auspeitschung.

Um den Dirnen die Rückkehr zum ehrbaren Leben zu ermöglichen, stiftete die katholische Kirche den Orden der „Kreuzerinnen“ oder sie errichtete Rettungshäuser. Ein Bischof erklärte: „Sklaven erlangen, wenn sie der Freiheit wiedergegeben werden, alle Rechte freier Männer; es wäre daher unbillig, wenn Frauen, die Sklavinnen der Sünde gewesen, nicht ähnlich behandelt würden, sobald sie sich zu einem besseren Lebenswandel befehlen.“

Im Laufe der Jahrhunderte, insbesondere durch die Zunahme des Verkehrs und der Großstadtbildung, breitete sich die Prostitution immer mehr aus. Hier verlagern alle staatlichen und kirchlichen Maßnahmen. Man muß den Ursachen nachgehen. Es hat sich während des Krieges und auch jetzt noch gezeigt, daß der Hunger ungezählte Frauen auf den Weg der gewerblichen Prostitution treibt. Je früher die Angehörigen eines Volkes heiraten können, desto weniger Nachfrage der Männer und Angebot der Frauen wird auf dem Markt des außerehelichen Geschlechtsverkehrs sein. Einer gewissen Schicht von Männern ist die Prostitution kein Nothbehelf, sondern Luxusbedürfnis, Zeitvertreib. Der Umgang mit der Dirnenwelt führt zu einer immer tiefer freisenden seelischen Zerrüttung und zur Unmöglichkeit, sich später als Ehemänner von der Macht der Gewohnheit freizumachen. Die untersten Volksschichten füllen in der Hauptlage die Prostitution immer wieder auf, woraus hervorgeht, daß wirtschaftliche Gründe nachrücklich an dieser Lebensgestaltung beteiligt sind. Mangel an Erziehung, weil beide Eltern auf Arbeit ausgehen, schlechte Beispiele der Eltern, Geschwister oder die Umgebung, der intime Verkehr mit wildfremden Menschen durch das Schlafgängerwesen, die Abwärtung des ganzen Familienlebens häufig in einem einzigen beengten Raum, unzureichende Entlohnung in vielen weiblichen Berufen, die Noth der Alltagsarbeit, das tägliche Zusammenleben mit dem andern Geschlecht auf den Arbeitsstätten, die Verführung durch Freundinnen, Schwestern, die schon Dirnen sind, durch ältere Frauen, manchmal durch die eigenen Eltern, die ihre Töchter wirtschaftlich ausnützen, gewisse Berufe im Gasthausgewerbe usw. bilden eine ständige Gefahr. Sinnlichkeit ist selten der ausschlaggebende Grund zum ersten Schritt. Häufiger ist es die gewissenlose Verführung durch Männer, die weibliche sexuelle Unbedarftigkeit, Neugier, Erlebensdrang, Begierde, Eitelkeit, Schmeichelei, Zwangslage, Schwäche durch Zufuhrenahme des Alkohols sie auszunützen versuchen. Dazu kommt die doppelte Moral, die den Mädchen die Rückkehr in ein geordnetes Leben so sehr erschwert.

Wohl ist das Bordelleben zurückgegangen, aber es besteht doch in allen Städten Bordelle mit Duldung der Polizei, in denen die Mädchen in der gemeinsten Weise ausgebeutet werden. Gefährlicher für die Allgemeinheit ist die heimliche Prostitution von der mit raffiniertem Luxus umgebenen Halbwelt bis zu der in Lumpen gehüllten Dirne. Zu dem sittlichen Krebschaden für den Volkskörper kommt der wirtschaftliche. Nüchtern werden mit solchem Leichtsinne, mit solcher Gedankenlosigkeit Umschwenken von Geld in Kesselferei und Luxus veran, als im Verkehr mit der Halbwelt. Die große Gefahr der Prostitution liegt aber in der durch sie verbreiteten Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten.

Das sicherste aber leider jetzt schwerer als je durchzuführende Mittel gegen die Prostituierten wäre die Herabsetzung des Heiratsalters, also die wirtschaftliche Hebung der breiten Massen und ihre Lösung aus den Klauen des Kapitalismus. Aber auch die Wertung der Frau im öffentlichen Leben muß eine ganz andere, sittlich vertiefte werden. Dazu kommen alle Maßnahmen zur besseren körperlichen und seelischen Erziehung der Jugend, Bekämpfung der Genußsucht, Dezentralisierung der Großstädte, Einschränkung des Alkoholismus, Bekämpfung der Theaterauswüchse, der Kinos und vor allem Besserung der Wohnungsverhältnisse.

Der größte Fehler liegt zweifellos darin, daß alle Maßnahmen gegen die Prostitution sich gegen die sich anbietenden Frauen richten. Das Strafgesetzbuch hat nur Paragrafen, die sich mit der Ueberwachung und Bestrafung der Dirnen beschäftigen. Sie werden zur ärztlichen Untersuchung und Behandlung gezwungen. Der erkrankte Mann kann die Anstaltung weier tragen. Die größte Gefahr ist die Heimlichkeit der Prostitution. Ans Licht der Öffentlichkeit gestellt, würde sie ertragen werden müssen und so der Männerwelt den Boden der doppelten Moral entziehen, die nur in der Heimlichkeit gedeihen kann. Das öffentliche Versteckspielchen muß aufhören. Kein Verbot kann den außerehelichen Geschlechtsverkehr aus der Welt schaffen. So lange die staatlich gebildete kontrollierte Prostitution besteht, muß sie durch vernünftige, pädagogische und hygienische Gewerbebeschützmaßnahmen vor Ausbeutung und Verflämung bewahrt werden. Professor Dresel, Heidelberg, schlägt vor, statt Bordellen sanitäre Berufsküchen, d. h. statt Bordellen Abvermietung an Wohnungen, wo alle einschränkenden polizeilichen Vorschriften streng beachtet werden, und wo die Kontrollbirnen keine Männer empfangen dürfen. Zur Ausübung ihres Gewerbes müßten Absteigequartiere dienen, die unter öffentlicher Verwaltung stehen. Alle Vermittlung würde so weitgehend ausgeschlossen und die Männerwelt gezwungen werden, sich ziemlich öffentlich zu dem Schritt zu bekennen. Die ärztliche Ueberwachung der Kontrollbirnen wird so lange Stückwerk sein, wie die Meldepflicht für Geschlechtskrankheiten nicht gesetzlich eingeführt ist und zwar für beide Geschlechter.

Das neuerschaffene Strafgesetzbuch wird sich mit diesem traurigen Kapitel der Frauenfrage eingehend zu beschäftigen haben und es ist daher für die öffentlich tätigen Frauen notwendig, sich damit bekannt zu machen und Vorschläge zur Besserung zu bringen. Sicher aber wird die Stärkung des Verantwortungsgefühls des Einzelnen das beste Mittel sein im Kampf gegen die Prostitution.

Volkswirtschaft.

Industrie und Reichsfinanzen.

Von Dr. R. Kuczynski.

Früher herrschte bei uns der Glaube, daß gute Jahre für die Landwirtschaft allgemeinen Wohlstand bedeuten; hat der Bauer's Geld, hat's die ganze Welt. Und doch hatte Ricardo schon im Jahre 1815 geschrieben: „Das Interesse des Landwirts ist immer

dem Interesse jeder anderen Gesellschaftsklasse entgegengesetzt; seine Lage ist nie so glänzend, wie wenn Nahrungsmittel knapp und teuer sind; während alle anderen Menschen großen Vorteil davon haben, Nahrungsmittel billig zu bekommen.“ Heute spürt der deutsche Städter tagtäglich am eigenen Leibe die Wahrheit der Lehre Ricardos. Aber er ist nur gar zu leicht geneigt, wieder in einen ähnlichen Fehler zu verfallen wie früher und nunmehr zu glauben, daß das, was für die Industrie gut sei, auch für die Allgemeinheit von Vorteil sein müsse.

Diese Auffassung ist bei der öffentlichen Beurteilung des Wiesbadener Abkommens besonders deutlich hervorgetreten. Das Abkommen besagt: Die Lieferungen bis 1. Mai 1928 werden Deutschland nicht im vollen Wert, sondern nur mit 35 Prozent des Wertes gutgeschrieben; die restlichen 65 Prozent werden auf die nach dem 1. Mai 1928 fälligen Zahlungen angerechnet. Das bedeutet: wenn Deutschland im Jahre 1922 für 2 Milliarden Goldmark Lieferungen leistet, so werden ihm davon zunächst nur 700 Millionen Goldmark gutgeschrieben, während die Reichsregierung den deutschen Unternehmern natürlich die Lieferungen im Wert von zwei Milliarden Goldmark voll bezahlen muß. Deutschland müßte also der Entente — bei einer gesamten Jahreserzeugung von 3,3 Milliarden Goldmark — neben den Sachlieferungen in Höhe von 2 Milliarden Goldmark noch 3,3 - 0,7 = 2,6 Milliarden Goldmark in Gold (Devisen) leisten. Sicherlich ist dies Abkommen, das die Forderung von Sachleistungen für die Franzosen recht verlockend gestaltet hat, für die deutsche Industrie, die großen Bestellungen entgegensehen darf, sehr vorteilhaft, aber es bedeutet eine ungeheure Gefahr für die Reichsfinanzen und damit für die Gesamtheit des deutschen Volkes. Allerdings hat Rathenau erklärt: „Wenn man berücksichtigt, daß die Goldleistungen schwerer auf Deutschland lasten als irgendeine andere Bürde, und daß bei der Fortdauer der Sachleistungen die Entwertung der Mark und damit die Unordnung der Staatsfinanzen verknüpft ist, so kommt man zu dem Schluß, daß die teilweisen Vorleistungen von vier Jahren finanziell betrachtet das weitaus kleinere Uebel sind.“ Er meint also, daß es — um bei dem obigen Beispiel zu bleiben — für das Reich ein weit kleineres Uebel sei, 2,6 Milliarden Goldmark in Form von Gold (Devisen) an die Entente und zwei Milliarden Goldmark in Form von Papier (Schatanweisungen, Banknoten) an die deutschen Unternehmer zu zahlen, als 3,3 Milliarden in Form von Gold (Devisen) an die Entente. Diese Meinung ist aber leider nicht richtig. Denn wenn das Reich den deutschen Unternehmern den Gegenwert von 2 Milliarden Goldmark in Papier, d. h. also mindestens 40 Milliarden Papiermark zahlen soll, so würde durch die damit bedingte Inflation der Wert der Mark im Inland und im Ausland ermaßen sinken, daß es schwieriger würde, die Devisen für 2,6 Milliarden Goldmark zu beschaffen als ohne diese neue Inflation für 3,3 Milliarden Goldmark. Je größer die Sachleistungen sein werden, desto größer wird auch das Defizit im Reichshaushalt. Je größer also der Vorteil für die Industrie sein wird, desto größer wird der Nachteil für die Allgemeinheit.

Auch bei Beurteilung der Kreditaktion der Industrie ist die öffentliche Meinung in Deutschland auf Abwege geraten. Es ist richtig, daß infolge der unerhörten Gewinne der Industrie die privaten Unternehmungen im Ausland noch Kredit genießen, während das Reich — nicht zuletzt infolge einer leichtfertigen Finanzpolitik, die die Bestehenden immer wieder steuerlich geschenkt hat — im Ausland für kreditunwürdig gilt. Es ist daher an sich zu begrüßen, wenn der ausländische Kredit der Industrie zur Beschaffung von Devisen für das Reich ausgenutzt wird. Aber es wird meist übersehen, daß es sich hier im Grunde nur um eine Kreditvermittlung seitens der Industrie handelt, und daß das Reich die Verzinsung und Tilgung der Kredite, die die Industrie aufnimmt, seinerseits zu leisten hat. Vor allem aber wird nicht genügend beachtet, welche Vorteile die Industrie aus diesem „Opfer“ ziehen kann. Es ist selbstverständlich, daß sich die fremden Kreditgeber Unterpfänder geben lassen. Diese Unterpfänder werden nun bei der geplanten „Erfassung der Sachwerte“, wie bei jeder künftigen Vermögensabgabe, dem Zugriff des Reiches entzogen sein. Wer da weiß, wie sehr die Steuerabgabe zu einer Lieblingsbeschäftigung unserer Besitzenden geworden ist, kann also der weiteren Entwicklung nur mit großer Sorge entgegensehen. Hoffentlich gilt einmal nicht auch von dieser Kreditaktion: Je größer der Vorteil für die Industrie, desto größer der Nachteil für die Allgemeinheit.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		14. Okt.	13. Okt.
Amsterdam	100 fl.	4945.05	4685.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1071.40	1014.95
Kristiania	100 Kr.	1813.15	1688.80
Kopenhagen	100 Kr.	2797.20	2627.95
Stockholm	100 Kr.	3411.55	3196.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	218.75	209.75
Rom	100 Lire	594.40	544.45
London	1 £	876.40	837.95
New York	1 Doll.	149.60	139.78
Paris	100 Frs.	1083.90	1028.95
Zürich	100 Frs.	2877.10	2677.30
Madrid	100 Pesetas	—	1883.19
Wien	100 K.	—	6.78
Budapest	100 K.	21.97	20.72
Prag	100 K.	159.80	146.85

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 15. Oktober.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
					3
					4

Angelommen am 16. Oktober

					4
					16
					16
					2
					1
					5

Angelommen am 17. Oktober.

					2
					8
					8

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Freistaat Lübeck und Freiwillein Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schuch; für Inzerat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Jedermann spricht heute über

das gewaltige Anschwellen der Warenpreise!

Dank unserer sehr frühen Abschlüsse in Verbindung mit unserm Rieseneinkaufskonzern sind unsere Preise, trotz rasender Steigerung überall, durchweg noch sehr niedrig. Hier bringen wir den Beweis für

unsere Damenkleidung

Beachten Sie beim Einkauf die Qualität, in ihr liegt der Wert dieses Angebotes!

BLUSEN

aus reinwollenem Flanell, Popeline u. anderen warmen Winterstoffen

135.^M 98.^M 75.^M bzw. 49.⁵⁰

aus Seide und Crepe de Chine in eleganter Ausführung

210.^M 145.^M 120.^M bzw. 85.^M

RÖCKE

aus einfarbigen, gestreiften u. melierten Stoffen in tadellos sitzendem Schnitt

195.^M 120.^M 65.^M bzw. 39.⁵⁰

Elegante Zylinderplüsch-Hüte

aus kunstseidenem Panne in modernen Formen

Besonders preiswert

72.⁵⁰

89.^M 110.^M 125.^M

KLEIDER

in schöner Machart aus reinwollenem Cheviot, Popeline und anderen leichteren Stoffen

475.^M 325.^M 295.^M bzw. 165.^M

elegante Modelle

aus Seide und Seidentrikotgewebe

675.^M 595.^M 475.^M bzw. 425.^M

MÄNTEL

aus warmen, molligen Winterstoffen, moderne Fassons, offen und geschlossen zu tragen

590.^M 375.^M 295.^M u. 195.^M

Jackenkleider marineblau, schwarz und farbig, durchweg auf Seide gearbeitet sehr preiswert

Holstenhaus

Bekanntmachung

über das

Ergebnis der Wahl für die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Fünftennum Lübeck.

Nachdem auf die Bekanntmachung vom 9. September nur je eine Vorschlagsliste eingereicht worden ist, gelten die dort vorgeschlagenen Bewerber ohne weitere Wahlhandlung als gewählt.

Es sind dies:

1. aus den Kreisen der Arbeitgeber:

Vertreter:

Menz, Heinrich, Mühlenbesitzer, Gutin, Niedbald, Wilhelm, Bäckermeister, Ahrensböf, Gahner, Cornelius, Buchdruckereibesitzer, Schwartau, Strauß, Georg, Buchdruckereibesitzer, Gutin.

Grüßmänner:

Petersen, Th., Baumunternehmer, Gutin, Ruchta, Jonas, Tiefbauunternehmer, Gutin, Wulff, Otto, Zimmermeister, Schwartau, Wangel, Hermann, Tischlermeister, Schwartau, Hoff, Wilhelm, Klempnermeister, Ahrensböf, Zimmermann, Joh., Kaufmann, Walente, Steen, A., Kaufmann, Stöckelshof, Eber, Johana, Maurermeister, Wöbs.

2. aus dem Kreise der Beschäftigten:

Vertreter:

Sagelstein, Gustav, Schriftföher, Gutin, Pfelemer, Franz, Drechsler, Gutin, Giese, Ferdinand, Arbeiter, Stöckelshof, Beth, Wilhelm, Arbeiter, Stöckelshof, Hoff, Wilhelm, Maschinenbauer, Ahrensböf, Nielsboyer, Christian, Maschinist, Holtenborg, Martmann, Fritz, Zimmerer, Renjewald, Wriedt, Heinrich, Tischler, Kensefeld.

Grüßmänner:

Wacker, Nicolaus, Geschäftsföher, Gutin, Meeg, Friedrich, Arbeiter, Walente, Lange, Wilhelm, Arbeiter, Hoff, Wilhelm, Marion, Maler, Walente, Martens, Hans, Maurer, Mori, Krögh, Gustav, Maschinist, Stöckelshof, Mann, Franz, Maurer, Stöckelshof, Eber, August, Zimmerer, Stöckelshof, Hoff, Julius, Arbeiter, Stöckelshof, Doerweiler, Gustav, Maurer, Ahrensböf, Hoff, Friedrich, Schmidt, Ahrensböf, Wöner, Otto, Zimmerer, Ahrensböf, Hoff, Paul, Zimmerer, Schwartau, Hebeke, Hans, Tischler, Schwartau, Jacobien, Heinrich, Maurer, Schwartau, Wangel, Wilhelm, Geschäftsföher, Schwartau.

Der für Sonntag den 6. November 1921 angelegte Wahlzettel fällt aus.

Gutin, den 12. Oktober 1921. (7829)

Dr. Richard S. Steenbock.

SATYRIN (pH 1.5 bis 2.0)

die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der Energie, insbesondere der Nerven- und Sexualkräfte.

Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck.

Zahlreiche Anzeigen in Originalpackung Mk. 40.-

Alt-Ge. Hermann, Düsseldorf-Graeburg. (7828)

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Nächste große Geldlotterie!

zur Errichtung eines Kurheimes in Bad Deynhausen

Ziehung am 17. bis 19. November.

1 x 75000. ^M	=	75000. ^M
1 x 40000. ^M	=	40000. ^M
1 x 25000. ^M	=	25000. ^M
1 x 10000. ^M	=	10000. ^M
2 x 5000. ^M	=	10000. ^M
10 x 1000. ^M	=	10000. ^M
20 x 500. ^M	=	10000. ^M
100 x 100. ^M	=	10000. ^M
200 x 50. ^M	=	10000. ^M
1250 x 20. ^M	=	25000. ^M
7500 x 10. ^M	=	75000. ^M

Rolle Anzahlung aller Gewinne!

Original-Lose à 3.60 Mk.

Porto und Liste extra 1.40 Mk.

Von der Wohltätigkeits-Losung der Lübecker Opferwoche habe ich 5000 Lose übernommen und offeriere diese Lose à 1 Mark.

Ziehung schon am 1. November.

Sonderangebot!

1 Geld + 5 Opfertaglose + 5 Losen für	10 Mk.
3 Geld + 5 Opfertaglose + 5 Losen für	17 Mk.
5 Geld + 5 Opfertaglose + 5 Losen für	24 Mk.
5 Geld + 10 Opfertaglose + 5 Losen für	29 Mk.
10 Geld + 10 Opfertaglose + 5 Losen für	47 Mk.
10 Geld + 20 Opfertaglose + 5 Losen für	57 Mk.
20 Geld + 27 Opfertaglose + 5 Losen für	100 Mk.

Hermann Kersten

Lotterie-Spezialgeschäft

LÜBECK, Obere Mützstr. 8. Gegründet 1904.

Postfach-Konto Hamburg 4654. (7830)

Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester

Dienstag, den 18. Oktober abends 7 1/2 Uhr:

Volkstümlich. Konzert

im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Herr Konzertmeister Millies. Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer.

Vorverkauf im Gewerkschaftshaus, Konsumverein, Zigarrengeschäften Barnekow, Hüxterdamm, Basson, Beckergrube, Borchert, Breite Straße u. Köhler, Fackenburg-Allee. (7825)

Zentralhallen

Morgen Dienstag: (7837)

Gr. Tanzkränzchen.

Bund der ehem. Volkswehr

Lübeck.

Am Donnerstag, dem 20. Oktober 1921 abends 8 Uhr:

General-Versammlung

in den Zentralhallen.

Z Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller Mitglieder bringend erforderlich.

Zum Eintritt berechtigt nur die Mitgliedskarte, die am Saaleingang vorzuzeigen ist. (7829) Saalöffnung 1/2 8 Uhr. Der Vorstand. Pagels.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 18. Oktbr., abds. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50.

Z Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1921.
2. Erhöhung der Verbandsbeiträge.
3. Bericht vom Ortsausschuss.
4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Mitglieder erscheinen.

Die Ortsverwaltung. (7830)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck. 4. Distrikt.

Versammlung am Dienstag, dem 18. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht. (7832)

Der Distriktsführer. (W. Mengel.)

Arbeiter-Samariter-Kolonie

Versammlung

am Montag, 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr bei Fr. Lender. (7780)

HANSA-THEATER

Heute Montag, 7 1/2 Uhr abends:

Ihre Hoheit - die Tänzerin

Morgen Dienstag: 2. Vorst. im Dienstag-Ab. Ihre Hoheit - die Tänzerin

Stadttheater Lübeck.

Montag, 17. Oktbr., 7 Uhr (Faulstich 1920/21 erwachsene, nicht f. Schüler!) Don Juan und Faust.

Dienstag, 18. Okt., 7.30 Uhr. Neuheit!

Botafisch u. Verklümmter. 10. Ab. Vorst. Nacht. B.

Mittwoch, 19. Okt., 7 Uhr. Das Rheingold.

10. Ab. Vorst. Nacht. B.

Kolosseum. (7828) 7.30 Uhr. 4. Volkstümlich. Konzert im Mont.-Abonn. d. Sinfonie u. Stadttheater-Orchesters. Leiter: Karl Mannstaedt. Solist: Gertrud Biffert.

Freistaat Lübeck.

Montag, 17. Oktober.

Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlitup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlitup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Eine Versammlung der tätigen Genossen des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Auf der Tagesordnung steht die Bürgerchaftswahl. Vollständiges Erscheinen ist notwendig. Mitgliedsbücher und Legitimationstickets sind vorzuzeigen.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck. An unsere Ortsgruppenvorstände richten wir die dringende Bitte, die Abrechnung und Beiträge für das abgelaufene Quartal umgehend einzufenden. Geldsendungen sind auf unser Postcheckkonto Wilh. Kröger, Karl Brehmer Nr. 35 806, Hamburg 11, einzuzahlen. J. A.: K. Brehmer.

Vertrauliche Briefe.

I.

Sehr geehrter Herr!

Von befreundeter Seite wurden Sie mit als ein Bürger empfohlen, dem das Wohl unserer Vaterstadt am Herzen liegt und dem es nicht gleichgültig ist, wer das Steuer in der Hand behält. Derartige Kräfte können wir gebrauchen und deshalb gestalte ich mir, Sie zur Wahlarbeit einzuladen. Unsere Haupttätigkeit wird auf mündlicher Werbung beruhen, denn bei dem Ton, den heute die Sozialdemokratie anzuschlagen bestrebt, hat es nicht viel Zweck, sich mit dieser in große Auseinandersetzungen einzulassen. Wir kommen dabei doch nicht zurecht. Viel mehr Aussicht verspricht die Zusammenfassung unserer Intelligenzen und die Rede von Mund zu Mund. Man kann dabei eher ein Wort riskieren, als wenn eine ganze Schar Zuhörer die Ohren spitzt. Es handelt sich, wie gesagt, um eine große Sache, bei der wir Ihre Mitwirkung zu schätzen wissen werden. Vielleicht ist es angebracht, Ihnen einige Bitten für die vorteilhafteste Werbearbeit mit auf den Weg zu geben.

Vor allem: greifen Sie recht weit in die Vergangenheit hinein. Es ist gar nicht nötig, bei der verruchten Umwälzung, Revolution genannt, anzufangen. Wir sind zwar von Geburt aus Republikaner, aber daran sind wir beide schuldlos. Als gute Hansseater haben wir stets für Kaiser und Reich geschworen und den hohen Senat mit Sr. Magnifizenz an der Spitze nach Recht und Herkommen walten lassen. Bei dieser Einleitung kann hervorgehoben werden, daß die rote Gefahr schon vor vielen Jahren von Senat und Bürgerchaft erkannt wurde. Wir alten Bürgergeschlechter haben damals rechtzeitig die Massenlut gedämmt und das Wahlrecht mehrfach weise beschränkt. Wie die Erfahrung bekräftigt, taten wir gut daran. Den Fortschrittswahn gebührt auch Verdienst für den Hinweis, daß die Sozialdemokraten besessenen, durch die Hansestädte in den Bundesrat einzudringen. Wir wehrten rechtzeitig ab. Kleinmütig war unser Beginnen, also schon damals nicht. Greifen wir jetzt und in Zukunft etwas beherrzter zu, wächst auch unser Alter mit. So nur können wir das Erbe der Väter wahren, unsere geistigen und leiblichen Güter pflegen und zu weiterem Wohlstand gelangen, den uns die Revolution zwar nicht genommen, aber, wie Sie wissen, zu nehmen gewillt ist. Den Einwand, der Krieg habe an unsern Sachgütern gerüttelt, können Sie mit einer Handbewegung abtun. Denn in

Wirklichkeit hat der Krieg unser materielles Wohl gehoben. Für dieses und den Krieg haben wir treudeutsch geschwört. Hatten wir uns doch in der Vaterlandspartei zusammengewürmt und tatkräftig mitgewirkt, um die Welt außerhalb Deutschlands niederzuringen zu helfen. Wenn es anders gekommen ist, so bedauert das niemand mehr als wir. Schade, daß die Reden und Siegesfeiern alle umsonst waren und ohne diesbezügliche bürgerliche Betriebsamkeit nachher von den Umstürzern so wenig belohnt wurde. Denn das können Sie in jedem Hause sagen: schuld an allem sind die Sozialdemokraten. Diese sind es, die auch den alten stolzen Hanseaten untergraben und unser schönes geliebtes Lübeck von jeder Tradition entblößen wollen. Jene vaterstädtische Ueberlieferung, die im Verein gleichen Namens gepflegt wurde, ließ uns den guten Geist aus der Latkraft vergangener Geschlechter schöpfen. Sie muß uns wieder heilig werden. Wir sind, wie unsere Ahnherren, eins in dem Glauben, daß es Herrscher und Befehlshaber geben muß. Diesen Glauben wollen wir stärken, zur Tat auswachen lassen, damit wir wieder mit Ruhe, Nachdenklichkeit, Bescheidenheit und Behändigkeit unseren Verdiensten nachgehen können. Es geht ums Ganze: kriegen wir die Roten nicht unter, ist es mit aller Andacht vorbei und ewige Unruhe unser betrübtes Los.

Vielleicht bleiben Sie, verehrter Herr, in diesen Gedanken etwas hängen. Zu unserm Schaden wird es nicht sein. Ich bin auch gern erbötig, Ihnen in einigen weiteren Briefen das notwendige Agitationsmaterial zu überreichen.

Gut Glück zum frohen Beginnen! Lassen Sie sich einsteifen den frischen Herbstwind nicht zu toll um Ihr edles Haupt wehen und genehmigen Sie wahlkameradschaftliche Grüße.

Mit althänischem Händedruck

Ihr N. N.

Lübeck, 16. 10. 21.

Die Berufsgliederung der Bürgerchaft.

In den Lübeckischen Blättern, dem früheren Sprachrohr des Vaterstädtischen Vereins und Dirigenten für die Verteilung der Bürgerchaftsklasse, wird eine Gliederung der früheren und der kommenden Bürgerchaft nach Berufen vorgenommen. Unter Zugrundelegung von je 40 Mandaten der bürgerlichen „Einheitsliste“ und der sozialdemokratischen wird folgendes Bild gezeigt:

	1918	1919	1921 (Einheitsliste Soz.)
Öffentliche Beamte	17	12	15 + 7
Privatangestellte (ohne Partei- und Gewerkschaftsbeamte)	4	7	4 + 1
Partei- und Gewerkschaftsbeamte	9	14	0 + 16
Freie Berufe (Verzte, Chemiker, Architekten, Mandatare, Restaurateure und Privatleute)	9	2	1 + 0
Rechtsanwälte	4	3	3 + 1
Kaufleute	31	7	8 + 0
Industrie	8	4	1 + 0
Handwerker	80	9	5 + 1
Landwirte, Gärtner	8	3	2 + 1
Arbeiter	0	14	0 + 10
Frauen ohne Beruf	0	5	1 + 3

Aus dieser Aufstellung ziehen die „Lüb. Blätter“ den Schluß, daß das Beamtenum gegenüber dem selbständigen Unternehmertum im Handel und Industrie einen viel zu übertragenden Einfluß aufweist und Lübeck Gefahr laufe, aus einer Industrie- und Handelsstadt zu einer Beamtenstadt zu werden. Aus dem Artikel ist ferner die Tatsache zu entnehmen, daß den bürgerlichen Parteien insgesamt der Vorwurf der Kränklichkeit gemacht wird und nebenbei der Neue Haus- und Grundbesitzerverein sowie der Bürgerbund außer Rechnung gestellt werden. Die Figura zeigt, ist die alte Elite noch mächtig verschwunden. Sie hätte sicherlich die Macht behalten, ihr geschworene Kandidaten an die Spitze zu stellen. Aber die „Einheitsliste“ erforderte vorerst weitere Rücksicht und Klärung der Gesamtlage. Das große Sieb wird auf spätere Zeiten zurechtgemacht.

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

28. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Man ist immer zusammen. Aber man lernt sich erst kennen, wenn man mit Fremder spricht. Saphirs ganze große Herzlichkeit für Anton wurde ihm deutliches Gefühl. Freundlichen Umgang brauchte dieser Gute; nun mußte er es.

Saphir lächelte. War nicht alles noch möglich? Konnte nicht Saphir, der sich seit kurzem jung fühlte wie ein Füllen, selbst noch dem Bruder dazu verhelfen? Indem er sich eine Lebensgefährtin gewann, deren Anblick und Gesellschafter auch Anton Freunde und Wärme bringen würde?

Man war schweigsam geworden. Weil jedem besondere Gedanken Gesellschaft leisteten. Schon hatte sich die Spitze des höchsten Ganges den blauen Abendstern aufgesetzt.

Man begegnete manchem, der den milden Feierabend genoss. Und nicht wenige davon waren zu zweien.

Viola trug den feinen Kopf hochaufgerichtet. Sie dachte, wie wunderbar es sei, daß irgendwo auf dieser blühenden Erde einer gehe, zu dem man gehörte, ohne daß er es noch ahnte und sie es wußte.

Schneller als der Blitz funkten Violas Gedanken frei durch die harte Welt. Planierten sie Kopenhagens lange Linie am Oeresund entlang, durchwanderten sie Berlins Brandenburger Tor und die breite Straße der Linden, kuschelten sie durch das Bois von Paris, gingen sie Schritt vor den blühenden Juwelentälern von Londons Regentstreet, belauschten sie vom Piazzale Michelangelo Florenzes zeitlosen Silberstrom zwischen dem glitzernden Arnostreis und den sanften Olivenhügeln, sprangen sie die spanische Treppe Roms empor, bis zum Monte Pincio, um sich auf der St. Peters-Kuppel zu verlieren. Tauchten sie wieder auf, wo sich aus der Ebene der Campagna der Tiber schäumend in die weißschäumende Brandung blauer Unendlichkeit stürzt.

Ein warmer Wind kam streichelnd wie junge Mutterhand über den See gestrichen. Schön war die Welt. Herrlich war es zu leben.

Diese letzten Worte sagte Viola laut. Saphir gab dem Fräulein bedingungslos recht. Obwohl er Anton's Widerspruch fürchtete und damit Herabstimmung dieses schönen Augenblicks.

Doch Anton schwieg. Saphir fühlte Violas ebenmäßigen Arm dicht neben sich. Wägen vor ihm empfand sie also feineswegs.

Anton ging es nicht anders. Auch ihn streifte das sommerliche Stoffgebilde, das den Arm des Fräuleins umschmeigte.

Auch er sagte sich, daß man keine übertriebene Abneigung einzuflößen schien.

Viola hatte ein Märentauf auf eine wellenprägende Segelfahrt zwischen die Schären Stockholms gebracht, wo man sich ganz dem Steuer und Segel eines einzigen tollkühnen Führers anvertrauen mußte.

Sie merkte es nicht, daß sie einige Schritte allein, erg neben Saphir gegangen war. Sie wurde sich dessen erst bewußt, als Anton ihr zu ihrem Staunen mit langen Schritten entgegen kam. Er war aus der Umfriedung der Gärtnerei herausgetreten und drückte nun Fräulein Viola wortlos einen großen Strauß Aprikosenblüten in den Arm.

Sie wollte danken.

Er unterlagte es ihr streng. Diese Blumengabe gefehle nur der Ordnung wegen. Er wiederholte dies mehrmals.

Man mußte sich nun trennen. Erst zu Hause deutete sich Viola die Antwort dahin, daß die Blüten nur darum die ihren geworden, weil sie neulich von dem andern Herrn Mögele solche erhalten.

Und so war es auch. Im Nachbarhaus drüben erklärte jetzt Anton dem Bruder, daß er nicht gewünscht, in ein falsches Licht gesetzt zu werden. Die damalige Blumengabe hatte ihrer Ursprung in seinen Anschauungen von Bildung und Höflichkeit gehabt, ohne daß sie der Dame zur Kenntnis gekommen. Man hatte dies heute nachgeholt, so gut es ging. Der Ordnung halber.

XVIII.

Weiter schritt der Mai. Mit jedem Tag, mit dem die Welt mehr ins Blüten kam, wurde Jungfer Winchen frömmel. Sie eilte früh zur Messe und abends zur Maiandacht, trotz der wärmenden Vermummung, die ihr Zahnschmerz nötig machte.

Anton wunderte sich nicht darüber. Wer keinen Mann bekommen kann, nimmt den lieben Gott, das war von jeher Weiberart.

Allerdings brachte diese verstärkte Verbindung mit der Ewigkeit etwas Unregelmäßiges ins tägliche Leben. Man übte auch hier Nachsicht. Man stellte sich selbst auch nicht mehr so pünktlich an den Maßsteinen ein bei dieser zu befehlmässigen Spaziergängen eingerichteten Jahreszeit.

Es hatte sich von selbst ergeben, daß sich Fräulein Viola bei diesen Spaziergängen dem Brüderpaar anschloß.

Keiner von ihnen hatte etwas dagegen. Anton fand es sogar recht dienlich, auf diese Weise wieder einmal dazu veranlaßt zu werden, bekannte Punkte der Landschaft aufzusuchen, zu denen man ohne besondere Veranlassung nicht kam.

Herr von Mörs hat die Herren oft zu sich herüber, um ihnen für die ehrenwerte Beschäftigung seiner Tochter zu danken. Beide wollten nichts von Dank wissen.

Anton sagte, daß man damit nichts weiter als die einfachste Nachbarspflicht erfülle. Daß man die Gegenwart des Fräuleins keineswegs als lästig empfinde.

Ein kommunistischer Reinfall.

Im April d. J. wurden, wie bereits früher berichtet, vor dem Hofhofenwerk kommunistische Flugblätter verbreitet, die, wie später das Gericht entschied, eine Aufreizung zum Klassenhaß enthalten sollten. Auf Antrag des Direktors Baezolt wurde Anklage gegen die Flugblattverleiher erhoben, die mit der Verurteilung von 3 Angeklagten, Martmann, Schmidt und Hedderich zu je 300 Mark Geldstrafe endete. In dem Betriebe wurde unter den Arbeitern nun das Gerücht verbreitet, daß der Obmann des Betriebsrates, Delfs, die Verurteilten bei der Direktion denunziert habe. Diese Beschuldigung gegen Delfs wurde auch in einer Betriebsversammlung vorgebracht, worauf in der nächsten Betriebsratsversammlung die Betriebsratsmitglieder Schmidt und Mellahn den Antrag stellten, Delfs wegen Denunziation aus dem Betriebsrat auszuschließen. Sie lehnten auch jegliche Zusammenarbeit mit ihm im Betriebsrat ab. Darauf erschien in der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ ein Artikel, der beweisen sollte, daß Delfs die Denunziation begangen habe. Als Beweis wurde ein polizeiliches Schriftstück abgedruckt, worin Direktor Baezolt erklärt, daß Delfs die Verteilung der Flugblätter durch die Angeklagten gesehen habe, aber als Zeuge nicht genannt werden wolle und auch nicht genannt werden dürfe. Später wurde dieses Schriftstück in einem Flugblatt, das sich gegen die sozialdemokratische Partei, besonders gegen Delfs, und den Polizeisenator Mehrlein wandte, nochmals abgedruckt. Während ersterer in dem Flugblatt als Denunziant hingestellt wird, werden gegen Mehrlein Vorwürfe erhoben, daß er die Anzeige weiter gegeben haben soll.

Um sich von dem Verdacht dieser Anschuldigung zu reinigen, strengte Delfs schließlich die Privatklage wegen Beleidigung gegen die Verbreiter des Gerüchtes, Möller, Schmidt, Mellahn und Martmann an. Am Sonnabend stand nun die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Möller war aber nicht erschienen. Nicht weniger als 18 Zeugen waren geladen. Die Kommunisten hatten sich zu ihrer Verteidigung den Rechtsanwält Dr. Hegewisch aus Celle kommen lassen. Delfs dagegen hatte auf Rechtsbeistand verzichtet; er vertrat seine Sache allein. In der Verhandlung erklärte u. a. der Angeklagte Martmann, daß ihm bei seiner polizeilichen Vernehmung von dem Kriminalbeamten Wilsahn gesagt worden sei, er solle die Verbreitung nur zugeben, da der Betriebsrat bereits bezuget hätte, daß er an der Sache beteiligt sei. Die als Zeugen vernommenen beiden Kriminalbeamten wählten sich dieser Äußerung nicht erinnern können. Wilsahn gab aber zu, daß er den vorerwähnten polizeilichen Bericht, der in der „Hamb. Volkszeitung“ und später in dem Flugblatt erschien, geschrieben habe. Die darin enthaltenen Angaben seien ihm von dem Direktor Baezolt gemacht worden. Direktor Baezolt erklärte unter Eid, er habe die Anzeige aus sich heraus, ohne mit Delfs gesprochen zu haben, ertrottet. Von dritter Seite sei ihm gesagt worden, daß Delfs die Verteilung gesehen hätte. Das habe er später der Polizei mitgeteilt und im Interesse des Friedens unter den Arbeitern gehalten, den Namen Delfs nicht zu nennen. Mit Delfs habe er über die Sache erst später — ob kurz vor oder nach der Verurteilung der Flugblattverleiher, könne er nicht sagen — gesprochen. Der Privatkläger behauptete auf das bestimmteste, das Gespräch sei erst nach der Verurteilung geführt worden. Mehrere Zeugen bekundeten, daß Delfs an dem Tage der Flugblattverteilung gar nicht im Betriebe, sondern in Lübeck gewesen sei. Er könne also unmöglich der Direktion die in Frage kommende Mitteilung gemacht haben. Fast alle Zeugen erklärten aber, daß vor allem Martmann direkt Delfs als den Denunzianten bezeichnet hätte.

Auf Grund dieser Beweisaufnahme ersuchte der Privatkläger, die Angeklagten zu verurteilen und das Urteil im „Lübecker Volksboten“, im „General-Anzeiger“ und in der „Hamburger Volkszeitung“ zu veröffentlichen. Rechtsanwalt Dr. Hegewisch hielt eine lange Verteidigungsrede, die in der Hauptsache darauf hinauslief, daß die Angeklagten in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt hätten und ihnen daher der § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite gestellt werden müßte und somit auf Freisprechung zu erkennen sei.

Das Gericht verurteilte Martmann zu 100 Mk. Geldstrafe. Außerdem soll das Urteil auf Kosten des Angeklagten im

Saphir fügte nur hinzu: „Und dies nicht allein.“

Herr von Mörs blickte auf seine verhäulten Beine und sagte, daß er allerdings gern an Stelle der Brüder Mögele sein würde auf der Strafen, am Hang, den Wegen um den See. Aber ein Vater sehe sein Kind wohl mit andern Augen an wie irgend jemand anders.

Anton bemerkte, daß seiner Vermutung nach auch Fernerstehende nichts Sonderliches an dem Fräulein auszuweisen haben könnten.

Saphir meinte, daß sie gewiß das schönste kleine Mädchen gewesen, das es je gegeben.

Herr von Mörs widersprach. Sie hätte eigentlich das Vorbild des häßlichen kleinen Entleins sein können. Erst als sie aus den Schuljahren heraus, hatten sich ihre Reize entfaltet.

Saphir schüttelte den Kopf. Er dachte, daß es eine alte Sache sei, daß der Prophet nichts gelte im eigenen Vaterlande. Aber er wünschte Herrn von Mörs nicht durch den Vorwurf der Unkundigkeit zu verletzen.

Anton sagte, daß diese sogenannten Gräbchen doch immerhin von jeher zu bemerken gewesen sein müßten. Wenigstens sobald das Lächeln erlernet gewesen.

Herr von Mörs gab dies lächelnd zu. Er sagte, daß an Herrn Anton Mögele ein Mädchertapa verloren gegangen, da ihm die kindlichsten Reize am meisten ins Auge fielen.

Anton wehrte ab. Er hatte sich nur ganz sachgemäß mit einer Frage ins Gesprächsrama mischen wollen. Persönliche Ambitionen hatten ihm dabei vollkommen fern gelegen.

Seine Stimme knarrte dabei so scharf, daß Saphir glaubte, herblich kühlen Wind übers Gesicht zu fühlen. Auch fiel ihm auf, wie hölzern, unliebenswürdig aufrecht Anton im Sessel saß. Er war besorgt, daß des Bruders Eigenart Mißfallen erregen könne. Er wünschte nicht, ihn verkannt zu sehen. Außerdem wußte er, daß man allgemein annahm, daß beide Brüder von ganz gleicher Wesensart.

Er sagte daher, daß, wenn er ein schönes Mädchenanblick sähe, er — nichts für argum — stets noch eine entzündendere Seele zu ohnen glaube.

Herr von Mörs griff nach seiner Hand und drückte sie herzlich.

„So ist es auch, mein lieber Herr,“ sagte er. „Wenigstens in diesem speziellen Fall.“

Zufrieden, vor erlitten, gesehten Männern einmal seine Herzensorgen bereuen zu können, begann er von der Belohnung zu sprechen, die ein Vater um die Zukunft seiner Tochter hege. Man konnte sich sein Kind nicht als Besitz eines Fremden vorstellen. Wüßte aber auch wiederum nicht, es allein in dieser Wüste des Irrtums zu lassen.

Der Schluß seiner Bekenntnisse war, daß er sich nicht vorzustellen vermöge, wie derjenige aussehen sollte, dem er einmal Viola gönnen würde.

(Karlshaus folgt.)

„Lübecker Volksboten“, im „General-Anzeiger“ und in der „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlicht werden. Die übrigen beiden Angeklagten wurden freigesprochen, da sie nach dem Urteil des Gerichts in Würdigung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Von Marxmann hingegen könne das nicht gesagt werden, da er die Anschuldigungen mit der Absicht erhoben habe, daß Delfs klagen solle.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß der Beweis der Denunziation nicht erbracht sei. Es stehe fest, daß Delfs mit dem Direktor zu der Zeit, als die Anzeige schwebte, nicht gesprochen und auch nicht den Wunsch geäußert hat, daß sein Name nicht genannt werden solle. Delfs könne unmöglich die Anzeige bei dem Direktor gemacht haben, da er von dem gesamten Vorgang erst später erfahren habe und am Tage der Flugblattverteilung gar nicht im Betriebe anwesend war.

Die Kommunisten, die glaubten, einmal einen fetten Happen erwischt zu haben, den sie gegen unsere Parteigenossen weidlich auszuheben konnten, sind nun um eine Hoffnung ärmer. Das Urteil ist eine glänzende Rechtfertigung des Genossen Delfs.

Der Elektrikerstreik beendet! In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Elektriker, Bauklemmer und Bauarbeiter wurde zu dem erneuten Angebot der Arbeitgeber Stellung genommen und nach längerer Aussprache beschlossen, dieses Angebot anzunehmen und den Streik für beendet zu erklären. Wenn auch nicht alle Forderungen durchgesetzt sind, so ist es doch gelungen, die wesentlichen Verschlechterungen besonders in bezug auf die Soziallöhne abzulehnen. Hinzu kommt, daß die Arbeitgeber sich im letzten Augenblick mit den übrigen Branchen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen geschlossen haben und verlangten, daß alle Lohn- und Arbeitsbedingungen einheitlich geregelt würden. Letzteres ist zwar nicht ganz gelungen, muß aber bei den nächsten Verhandlungen nachgeholt werden. Zunächst einmal sind die Spitzenlöhne in allen drei Branchen gleichmäßig auf 12.8. — festgelegt. Es ist ferner beschlossen worden, daß die Verhandlungen über die Löhne für November in der letzten Oktoberwoche geregelt werden müssen. Um die Einheitsfront bei den Arbeitnehmern herzustellen, beschlossen die Elektriker, ihre weitergehenden Forderungen zunächst zurückzustellen. Einheitslich wie die Arbeit niedergelegt ist, wird sie auch am heutigen Tage wieder aufgenommen werden. Jedenfalls werden auch die Handwerksmeister aus diesem Kampfe die Lehre ziehen müssen, daß auch sie ihren Arbeitern auskömmliche Löhne zahlen müssen und daß es nicht so leicht ist, ohne den Willen der Arbeiter die bestehenden Tarifverträge zu verschlechtern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 24. Oktober, abends 6 Uhr statt.

Wo blieb die Ludendorff-Spende? Die deutsche monarchistische Presse verbreitete kürzlich den Schwindel, die vielen Millionen Mark Ludendorff-Spende seien zu sozialdemokratischer Wahlpropaganda für die Nationalversammlung verschleudert worden. Diese infame Unterstellung wurde bereits am 9. Oktober vom Reichsarbeitsministerium richtiggestellt. Nun gibt auch die amtliche Hauptfürsorgestelle für Kriegsschädigten in Lübeck Auskunft. Danach sind hier im Jahre 1918 für diese Spende 931 895 Mk. aufgebracht worden. Das Geld wurde dem Lübecker Landesausführung für Kriegsverletzte zugeführt, welcher die Gelder mit seinen sonstigen Mitteln vereinte und in Staatspapieren und bei hiesigen Banken einsparig belegte. Seit 1919 wird das Vermögen des Landesausfühlers von der amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsschädigte verwaltet. Für Unterstützungszwecke sollen jährlich die Zinsen und 2 Prozent des Kapitals verwendet werden, so daß heute noch der größere Teil der Ludendorff-Spende der Hauptfürsorgestelle zur Verfügung steht. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß die staatliche Fürsorge durch die Ludendorff-Spende in keiner Weise entlastet wird, daß vielmehr Mittel aus der Ludendorff-Spende zur Unterstützung Kriegsschädigter nur dann verwendet werden, wenn nach den gesetzlichen Bestimmungen der Staat oder das Reich nicht helfen einzugreifen können. Die hiesige Hauptfürsorgestelle hält es für durchaus zweckmäßig, wenn der fast noch ungeschmolzen vorhandene Kapitalbestand der Ludendorff-Spende möglichst für Zeiten noch größerer Not aufgespart wird.

Bergabgabe bei harten Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer. Für die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921 auf das Reichsnotopfer geleisteten harten Vorauszahlungen wird eine feste Vergütung von 4 v. H. des gezahlten Betrages gewährt, wenn die Bezahlung mindestens 3 Monate vor Eintritt der Fälligkeit erfolgt. Für je 96 Mk. solcher Zahlungen gilt mithin ein Notopferbeitrag von 100 Mk. als getilgt. Für Zahlungen auf den nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zu entrichtenden ersten Teilbetrag wird die Vergütung nicht gewährt. Die Vorauszahlung kann nur bei dem zuständigen Finanzamt erfolgen.

Anna Müller-Sinke, die Königin des Humors, und geborene Berliner Köchin, gekochten, haßer und höchste Herrschaften zu immanieren, Soldaten und Künstler zu begeistern, Kilmispielen Leben und Namen zu geben, diese unvergleichliche Künstlerin tritt seit 14 Tagen in der „Fledermaus“ auf, ohne daß das große Publikum eine Ahnung hat. Es ist eine tolleische Stunde, die jedem unangenehm bleibt, der Anna Müller-Sinke Aug' in Aug' gegenübersteht. Außer dieser vorzüglichen Nummer dankt herrlich Eugie Karells, Jung und macht Stimmung, geistvoll und feinsinnig, Kuri Behms, der famose Lübecker neue Stern. Die Scherenspieler Fortuna sorgen weiter für Humor und die 3 Hollfelder sowie Gilje und Willie Steiling erregen die Bewunderung der immer zahlreicheren und für gute Kunst empfänglichen Gäste. Ueber allen steht mit feinem Sinn beherrschend auf großem Podium, gewaltig der Herr Kapellmeister. Was ist in einem modernen Kabarett die ganze Kunst ohne die liebliche Kunst. Sie gibt dem Ganzen erst Leben, Wärme und Stimmung. Wenn daher die Kapelle eintritt, herrscht laute Stille: Herr Simon de Weille dirigiert!

Verachtung der Handwerker. Die Margarinefabrikanten kündigen eine neue Preissteigerung für sämtliche Qualitäten um 2.50 Mk. per Pfund an. Die billige Margarine würde demnach in Kürze 16.50 Mk. und die beste 21.50 Mk. per Pfund in den Läden kosten.

Der Kauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Woz erfolgt in der Woche vom 17. bis 23. d. Mtz. zum Preise von 540 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 270 für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Gewerkschaft. Auf den Schulbeginn am 16. Oktober für die Schlinge, die schon im Sommer die Schule besuchten, sei an dieser Stelle hingewiesen. Die Winterferien beginnen am 1. November und sind dafür die Anmeldungen zu bewirken. (Siehe amtliche Anzeiger.)

Wahrende Wähler. Die von Fraulein Dr. med. Robrig geleiteten Besatzungsärzten für werdende Wähler werden fortan an den Diensttagen von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr im Jugendamt, Straße 1, 2. Obergeschoss, abgeholt.

Die Sammlung der Lübecker Opferwoche zur Förderung der winterlichen Not hat 200 000 Mk. überschritten. Dabei ist ein großer Teil der Sammelarbeiten noch nicht zurückgeliefert. Der Betrag der Sittensammlung wird auf etwa 20 000 Mk. geschätzt. Der demnächstigen Beträge bedarf es ein Betrag von 100 000 Mk., der Herr Direktor Horn geführt hat.

pb. 13 000 Mark unterschlagen. Festgenommen wurde der Expedient eines hiesigen Warenhauses, der sich des Diebstahls und der Unterschlagung in Gesamthöhe von etwa 13 000 Mark schuldig gemacht hat.

pb. Gewählte Fahrraddiebe. Durch ganz besondere Maßnahmen ist es den Beamten der Kriminalpolizei geglückt, erneut drei verschiedene Fahrraddiebe festzunehmen und der Tat zu überführen. Von ihnen gestohlene Fahrräder konnten den Eigentümern zurückgegeben werden.

Angrenzende Gebiete.

Entin. Wilder Kartoffelaufkauf. Der „Anz. f. d. H. B.“ schreibt: Mit großer Besorgnis betrachtet unsere Bevölkerung zurzeit die durch fremde Agenten vorgenommenen Aufkäufe von Kartoffeln und zwar zu ungewöhnlich hohen Preisen. Man besorgt sich, daß hierdurch die Kartoffeln in unserm Fürstentum, wo überhaupt nicht allzuviel Kartoffeln gebaut werden, eine große werden wird; die Bevölkerung erhofft von der Regierung und der Landwirtschaftskammer entsprechende Abhilfe, zumal auch viele Familien nicht instande sind, ihren ganzen Bedarf schon jetzt gleich einnehmen resp. bezahlen zu können und eine noch größere Verteuerung der Kartoffeln im Frühjahr befürchten.

Hamburg. Das Urteil im Salvarian-Prozess. Der Riesenprozess wegen Salvarianfälschungen und Fälschungen in Hamburg fand nach zweiwöchiger Verhandlung sein Ende mit der Freisprechung von sechs und Verurteilung der übrigen 80 Angeklagten. Als Haupttäter (Fälscher von Salvarian) erhielt wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und unerlaubten Handels mit Arzneimitteln der Steward von der 1. Instanz 3 Jahre und 6 Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren; der Substant Gerloff 3 Jahre und 6 Monate Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 8 Jahren. 15 weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 2 Monaten bis zu 2 Jahren sowie Geldstrafen von 5000 und 10 000 Mark. Alle übrigen wurden wegen unerlaubten Handels mit Arzneimitteln zu Geldstrafen von 500—20 000 Mk. verurteilt. Jedem Verurteilten wird die von ihm bisher erlittene Untersuchungshaft auf die erkannte Freiheitsstrafe angerechnet. Im Falle der Nichtarbeitbarkeit der Geldstrafen tritt an die Stelle von je 15 Mk. ein Tag Gefängnis, höchstens jedoch 1 Jahr Gefängnis.

Hamburg. Der Kampf im Buchdruckgewerbe beendet. Die Verhandlungen führten zu folgendem Ergebnis: Das neue Abkommen bringt den Buchdruckern Gleichstellung mit Berlin (eine dauernde wöchentliche Zulage von 8 Mk.) und für die nächsten 6 Wochen eine Sonderzulage von 210 Mk., zahlbar in 3 Raten zu 70 Mk. am ersten Zahltag nach Wiederaufnahme der Arbeit und am ersten Zahltag nach dem 1. und 15. November. Für die Buchbinder gilt diese Sonderzulage bis zum Abschluss eines neuen örtlichen Lohnabkommens. Die Arbeit wird in allen Betrieben am Montag morgen wieder aufgenommen. Das alte Arbeitsverhältnis tritt in vollem Umfang wieder in Kraft. Maßregelungen irgendwelcher Art finden nicht statt. Die Gehilfen stimmten diesen Bedingungen mit 2634 gegen 744 in der Voraussetzung zu, daß bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen zwischen den Organisationen die Rückdatierung der Novemberzulage erreicht wird, und daß nach Ablauf der sechs wöchentlichen Frist eine generelle Regelung der Löhne durch neue Verhandlungen erfolgt ist, die ihren berechtigten Forderungen entspricht. Trifft diese Erwartung nicht ein, so behalten sie sich alle weiteren Schritte vor.

Hamburg. Zur Ausplünderung des deutschen Volkes durch Reparationsgewinnler bringt das „Hamburger Echo“ einen Beitrag. Es berichtet:

„An den Zollstellen im Hamburger Freihafen, und sicher genau so auch an allen anderen Häfen und binnenschifflischen Zollstellen spielen sich in diesen Tagen Dinge ab, die kleinste Gegenmaßregeln von Seiten der Reichsregierung herausfordern, damit nicht auf Kosten der Allgemeinheit eine Horde von Spekulanten sich wieder um ungezählte Millionen bereichert. Es handelt sich um folgendes: Zur Ausfüllung des Reparationsprogramms hat beinahe das Reich eine Verdoppelung der Zölle für Kaffee, Tee, Tabak und entsprechende Zollerhöhungen auch für andere Waren angeordnet, die am 20. Oktober in Kraft treten sollen. Das ist unvorstellbar, oder auch unverantwortlicher Weise schon lange vor dem 20. Oktober bekanntgegeben worden, daß jetzt die Spekulanten ausreichend Zeit haben, um ungeheure Vorräte, namentlich der drei obengenannten Genussmittel aus dem Ausland ins Zollinland zu schaffen. Wer Gelegenheit hat, das Freihafengebiet zu betreten, kann das Treiben jetzt täglich beobachten. Es ist eine Schande sondergleichen, wie hier das private Handelskapital die Not des deutschen Volkes ausnützt, um sich die Taschen zu füllen. Denn alle diese Vorräte an Kaffee, Tee, Tabak usw., die jetzt zu einem Zollfuß von 13 Mk. für das Kilo durch die Zollgrenze gehen, werden nach dem 20. Oktober, wenn der doppelte Zollfuß in Kraft getreten ist, genau so teuer zum Verkauf gebracht, wie die dann mit 26 Mk. pro Kilo verzollten Mengen. Ein riesiger Profit winkt hier den Spekulanten. Ein wahrer Raubzug auf die Taschen der Verbraucher ist in Vorbereitung, denn die Zollbeamten sähnelnd aufpassen; dem sie selbst, genau so wie die Transportarbeiter, noch Vorstöße leisten müssen; denn es sind keinerlei Vorrichtungsmaßnahmen vom Reichstag und von der Reichsregierung getroffen, um dies Verbrechen, diese Scham- und ehrlose Ausbeutung der allgemeinen Volksnot, wie Dr. Wirth selbst die Reparationsgewinnsucht nennt, zu hindern.“

Gegen diesen Vorwurf wendet sich in bombastischer Aufmachung der Verein der Kaffee-Großhändler und -Händler, der in der Massenheranzuführung von Importwaren vor Inkrafttreten der erhöhten Zölle einen Vorteil für das deutsche Volk erblickt. So würde der Kaffee „heute noch“ billiger abgegeben werden können, während der Konsument sonst für 1 Pfund gereinigten Kaffee bereits 42 Mark bezahlen müßte. — Diese Schlussfolgerung ist nur theoretisch richtig. In der Praxis wird nach neuzeitlichem Handelsbrauch mit bescheidenen Ausnahmen der billiger gekaufte Vorrat nach der Zollerrhöhung zu dem emporgeschickten Preise verkauft werden und unmaßstäbliche Handelsbestände werden Millionen einstreichen, die man aus den Taschen des Volkes zieht. So lauen die Herrzer auf — für sich.

Kaffee. Die Gründung eines Bürgerblocks wurde hier aus Anlaß der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen verfaßt. Die Demokraten haben aber den reaktionären Blöckchen einen Streich durch die Rechnung gemacht, indem sie folgende Erklärung abgaben: „Die demokratische Fraktion der Rostocker Stadtverordnetenversammlung lehnt in Abscheu die Gründung eines sog. Bürgerblocks für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ab. Die Teilnahme an einem Bürgerblock heißt im Widerspruch mit der Tradition und dem Programm der demokratischen Partei, das nicht Arbeiter auf der einen und Bürger auf der anderen Seite, sondern nur Staatsbürger kennt, und das gerade den Zusammenstoß und die Zusammenarbeit aller verantwortlichen Staatsbürger und die Überbrückung der Klaffen gegenseitig erstrebt. Ein Bürgerblock ist besonders bedenklich in einer Zeit, wo im Reich und den Ländern ernsthaft der Versuch gemacht wird, alle Parteien, die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen, zu gemeinsamer Arbeit für das große Ganze zu veranlassen, und würde insbesondere im Kaffee lediglich in einer Stärkung der radikalen und ultra-radikalen Elemente

führen.“ — Eine ähnlich lautende Resolution faßten ja auch die Lübecker Demokraten, was sie aber nicht hinderte, sich bei der Probe aufs Exempel den Deutschnationalen zu verschreiben. Es gibt eben verschiedene Demokraten.

Gewerkschaften.

Arbeiter und Beamte.

Das Verhältnis zwischen den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und den dem Deutschen Beamtenbund angehörenden Beamten ist in letzter Zeit Gegenstand recht ausgiebiger Debatten gewesen. Veranlassung dazu gab die Ablehnung eines Antrages auf dem Göttinger Parteitag, der alle Parteigenossen verpflichtete, nur solchen Gewerkschaften anzugehören, die dem A. D. G. B., der Afa oder dem Deutschen Beamtenbund angehören. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Nicht, weil die Partei ihre Stellung zu den Gewerkschaften geändert hätte, sondern nur deswegen, weil die Verhältnisse im Deutschen Beamtenbund noch so ungeklärt sind, daß es für uns als Partei unmöglich ist, unseren Parteigenossen die Zugehörigkeit zu einer der dem Beamtenbund angehörenden Organisationen zur Pflicht zu machen. Die Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkt, der Resolution, die der Mannheimer Parteitag zur Frage Partei und Gewerkschaften gefaßt hat. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, die Gewerkschaften mit sozialem Geist zu erfüllen und sich nur den Organisationen anzuschließen, die den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften angehören. Von dieser

Dieser Kampf innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes insofern ab, als er die Dreifältheorie vertritt, das heißt, daß er für die Arbeiter den A. D. G. B., für die Angestellten die Afa und für die Beamten den Deutschen Beamtenbund als die zuständigen Organisationen anerkennt und demzufolge wünscht, daß die Beamten den Beamtenorganisationen auch tatsächlich angehören.

Diese Stellung des A. D. G. B. zu den Beamtenorganisationen hat den lebhaften Unwillen einer Reihe von Arbeiterorganisationen hervorgerufen. In erster Linie gilt das von Deutschen Eisenbahnerverband und vom Deutschen Transportarbeiterverband. Sie beide beanpruchen neben den Arbeitern auch die Beamten der zuständigen Gewerbe. Die einzelnen Ortsvereine des Eisenbahnerverbandes haben bereits sehr energig gegen die Auffassung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes protestiert und auch die Zentralvorstände der beiden genannten Organisationen haben es nicht an energischen Protesten fehlen lassen.

Dieser Kampf innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist so unerquicklich wie nutzlos und schädlich. Die Ansicht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von der Zusammensetzung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in je einer Spitzenorganisation ist der einzig richtige. Die Erfüllung dieses Programms ist für die gesamte Kopf- und Handarbeiterschaft so ungeheurer Wichtigkeit, daß wirklich kleinliche Organisationsinteressen diese Entwicklung nicht stören oder verzögern sollten. Es mag z. B. für den Eisenbahnerverband sehr schmerzhaft sein, wenn er einige tausend Mitglieder, die Beamte sind, verliert, aber für die gesamte Arbeiterbewegung ist es ein riesiger Vorteil, wenn als Dritter im Bunde der Deutsche Beamtenbund gewonnen und so die Einheitsfront aller Arbeitenden hergestellt wird.

Es ist richtig, die Beamten, sowie sie heute sind, sind nicht das zuverlässigste Element in der deutschen Arbeiterbewegung. Ohne Zweifel sind die schon lange freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten ihnen in jeder Beziehung weit voraus. Das ist ein Mangel und jeder, dem die Fortentwicklung der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, sollte sich eifrig bemühen, diesen Mangel auszumergeln. Der Arbeiter muß versuchen, sich in die Seele des Beamten hineinzuversehen. Jahrzehntlang waren die Beamten Knechte. Sie hatten kein Koalitionsrecht und durften es nicht wagen, eine freiheitliche Meinung zu äußern, wollten sie nicht danon gejagt und dem Elend preisgegeben werden. Unter solchen Umständen mußten sie natürlich zu willenslosen Werkzeugen der regierenden Klassen werden. Eine große Klüft tat sich zwischen ihnen und den Arbeitern auf und die letzteren sahen in den Beamten ihren Feind, während diese wieder nur von oben herab auf die Arbeiter sahen. Das war das Werk der Erziehung, die der Beamte durch die langen Jahrzehnte hindurch genoss.

Die Revolution gab dem Beamten die gleichen Rechte wie dem Arbeiter; aber die geistige Umstellung konnte sich nicht von heute auf morgen vollziehen. So ist es selbstverständlich, daß noch ein großer Teil der im Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Beamtenorganisationen in Wort und Tat die Arbeiterorganisationen bekämpfen und es weit von sich weisen, mit ihnen jemals in einer Front zu marschieren. Aber nach diesen einzelnen Unentwegten darf man nicht den ganzen Beamtenbund beurteilen. Die Arbeiterbewegung als Ganzes betrachtet, hat eine merkwürdige Wandlung durchgemacht, über die sich jeder Arbeiter nur freuen kann.

Wenn die Arbeiter versuchen, die Einstellung der Beamten zu verstehen, wenn die Beamten wiederum gewillt sind, sich ein Weniges von der gewerkschaftlichen Erfahrung der Arbeiter zu eigen zu machen und in diesen den Volksgenossen, der gleichberechtigt mit ihnen ist, zu erblicken, dann werden die unerfreulichen Zustände von heute bald ihr Ende erreicht haben. Dann wird bei allen Beamten die Erkenntnis durchdringen, daß die Beamtenorganisationen allein nichts sind, daß sie aber im Verein mit den Arbeitern und Angestellten eine Macht darstellen. Dann werden die schon einmal so verheißungsvoll begonnenen, aber leider wieder gescheiterten Einigungsverhandlungen zwischen den drei großen Spitzenorganisationen zum vollen Erfolg führen; dann wird der Wunsch unjeres verstorbenen Karl Legien in Erfüllung gehen und die Einheitsfront aller Arbeitenden festgelegt bestehen.

Schwarze Listen in der Metallindustrie. Der Verband der Metallindustriellen des Ostens E. B. in Elbing verbande unter dem 9. September 1921 mit Rundschreiben Nr. 94 für 1921 als vertraulich, das eine Lohnbewegung in Gumbinnen betrifft: „Bei den Vereinigten Maschinenfabriken, A.-G., Gumbinnen, sind die Arbeiter in den Streik getreten. Wir bitten, keine Streikenden einzustellen und fügen eine namentliche Liste bei.“ Die schwarze Liste enthält die Namen von 278 Arbeitern.

Der alte Brauch wird nicht gebrochen. . . . Infolge der allenthalben herrschenden Wohnungsnot ist der Arbeiter heute in hohem Maße an die Scholle gebunden, daß er in seiner Preisgünstigkeit fast gänzlich behindert ist. Dennoch hatten die Metall-

industriellen — des Orients wenigstens — es nach wir vor für geboten, mit schwarzen Listen zu operieren. Sie sagen sich wohl: doppelt genächt hält besser!

Es wäre denn doch an der Zeit, die niederträchtige, sklavenhäutliche Gesinnung, der solche Maßnahmen entspringen, endlich einmal zu revidieren, und zwar gründlich. Abgesehen davon, daß die Unternehmer durch solche Praktiken der Idee der Arbeitsgemeinschaft den Rest geben, vertritt sich das veraltete System der schwarzen Listen wirklich nicht mit den modernen Auffassungen des Arbeitsverhältnisses. Unternehmer, die immer noch daran festhalten, dürfen sich nicht wundern, wenn die Arbeiterschaft sie aller Schandtat gegen sie für fähig hält. Wer aber die Sabotage von Menschen für ein verdienstliches Werk hält, begibt sich jedweden moralischen Rechts, die Sabotage von Sachen zu verurteilen. Das sollten die Herrschaften in ihrem eigenen Interesse bedenken und es nicht erst dahin kommen lassen, daß ihnen durch gesetzgeberische Maßnahmen das schofle Handwerk gelegt werden muß.

Beilegung des Streikes der Leipziger Bauarbeiter. Eine am Freitag, dem 14. Oktober tagende Versammlung der streikenden Bauarbeiter Leipzigs nahm das Ergebnis der am 11. und 12. Oktober in Dresden stattgefundenen Verhandlungen mit großer Spannung entgegen. Das Abstimmungsverhältnis war so, daß die Arbeit am Montag, dem 17. Oktober wieder aufgenommen wird. Die Vereinbarungen lauten: Für Maurer, Zimmerer, Zementfabrikarbeiter und Träger ab 14. Oktober 9,65 Mk. die Stunde, für Hilfs- und Tiefbauarbeiter 9,40 Mk. Ab 18. November bis 31. Dezember 1921 10,80 Mk. bzw. 9,65 Mk.

ArbeitsEinstellung in der Gelsenkirchener Metallindustrie. In der Abteilung Hochöfen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. legten infolge bereits seit langem bestehender Differenzen über die Prämienzahlungen etwa 10 000 Arbeiter die Arbeit nieder. Infolgedessen mußten auch die in der Gießereibteilung beschäftigten Metallarbeiter (zirka 8000) die Arbeit einstellen.

Differenzen bei Rudolf Woffe in Berlin. Wegen der Forderung einer Lohnzulage kam es im Betriebe von Rudolf Woffe zu Differenzen. Infolge dessen konnte die Sonnabend-Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ nicht erscheinen und auch die Sonntagsausgabe konnte nicht hergestellt werden.

Keine Lösung der Eisenbahnkrise in Halle und Leipzig. Die Verhandlungen, die zur Schlichtung der Differenzen mit den Eisenbahnern in Halle unter Beteiligung von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums geführt wurden, brachten im Hauptpunkte keine Verständigung, da der Arbeitgeberstandpunkt nicht anerkannt wurde, daß die Achtstundenschicht in allen Fällen das Normale sein müßte.

Zum Kampf in der chemischen Industrie. Das höchste Schiedsgericht hat am Donnerstag eine Sitzung abgehalten, um sich mit dem Einsprüche der Arbeiter und der Gewerkschaften der Werke Griesheim und Reiterbach wegen Schließung der Werke zu befassen. Zwischen den Parteien konnte keine Einigung erzielt werden. Es soll deshalb Mitte dieser Woche eine neue Sitzung unter der Leitung eines Unparteiischen stattfinden.

Die angebliche Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Die deutsche Unternehmerrschaft erklärt immer wieder, daß eine Steigerung der Löhne nicht möglich sei, daß die jetzt bestehenden Löhne abgebaut werden müßten, daß die deutsche Industrie sonst auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, zeigt der „Neuportier Brief“, den die „Berliner Börsenzeitung“ am 4. Oktober veröffentlicht und der die Lohnsätze enthält, die in der Metallindustrie Nordamerikas gezahlt werden. Von zwei Dollar pro Stunde im Jahre 1915 stiegen die Löhne auf 5,06 Dollar im Februar 1920, wurden dann um zirka 50 Proz. abgebaut, so daß sie im August nur noch 3 Dollar betragen. Das sind die Löhne für ungelernete Arbeiter. Umgerechnet in deutsche Wäluuta sind diese drei Dollar gleich zirka 370 Mk. Die deutsche Eisenindustrie zahlt aber im allerhöchsten Falle einen Stundenlohn von 10 Mk. Da behauptet noch einer, die deutsche Industrie sei wegen der hohen Löhne konkurrenzunfähig und laufe Gefahr, auf dem Weltmarkt völlig ausgeschaltet zu werden!

Der Gelbe Bänderbund ist keine Gewerkschaft. Nachdem der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und anderer in seiner Sitzung am 30. Juli 1921 beschloffen hat, der Bänderbund nicht in die Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen, liegt nun auch ein Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses vom 22. September 1921 vor, der wie folgt lautet: Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichsarbeitsrats beanwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministers dahingehend, daß er den Bund der Bänder (Komunisten-)Gefellen Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bändergewerbes nicht anerkennen kann, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine vor den Arbeitgebern abhängige Organisation erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juli 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsfremde (gelbe) Organisation betrachtet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann. — Bekanntlich bemühen sich nicht wenige Bändermänner, mit allen terroristischen Mitteln die Gelben für den Gelben Bund einzufangen, um bei Lohnverhandlungen den Zentralverband der Bänder auszuschießen oder ihm mindestens Schwierigkeiten zu bereiten, indem sie die Gelben als Lohnrüder benutzen. Trotzdem sind die Innungen offen in den Agitationsdiensten der Gelben stellen und sogar die Agitationsarbeiten für die Gelben verrichten lassen, wagen diese Herren immer wieder zu behaupten, die Gelben seien eine gewerkschaftliche Organisation. Ob sich die Herren der Innungen von obigen Instanzen belehren lassen werden?

Lohnherabsetzungsbestrebungen in Holland. Angesichts der Schwierigkeiten in der Schifffahrt und der Lohnherabsetzungen im Ausland, schlugen die holländischen Reeder im Lohnrat ebenfalls eine Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent vor. Die Vertreter des zentralen Verbandes der Transportarbeiter haben sich aufs heftigste dagegen zur Wehr gesetzt, und zwar mit dem vorläufigen Resultat, daß bis Ende Oktober auf keinen Fall Herabsetzungen eintreten würden. Hierauf sollen neue Verhandlungen stattfinden.

Der Achtstundentag in der finnischen Landwirtschaft. Die deutschen Agrarier tun so, als ob nirgends auf der Welt die landwirtschaftlichen Arbeiter so gut gestellt seien als in Deutschland. Das dem nicht so ist, zeigen die Verhältnisse in andern Ländern. Schon im Jahre 1917 sprach sich der Ausschuss für soziale Angelegenheiten des finnischen Parlaments dafür aus, daß die im Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen durchschnittlich nicht länger als acht Stunden am Tage tätig sein sollen. Es soll den Arbeitgebern überlassen bleiben, entsprechend den Bedürfnissen der Jahreszeit im Sommer, also vom Mai bis August, die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden am Tage zu verlängern, um sie im Winter, vom November bis Februar auf acht Stunden am Tage herabzusetzen. Die sozialdemokratische Gruppe bestand jedoch darauf, daß auch den Landarbeitern der Achtstundentag wie allen andern Arbeitern zustehen müsse. — Der sozialpolitische Ausschuss des Parlaments im Jahre 1910 blieb jedoch bei dem andern Vorschlag eines durchschnittlichen Arbeitstages von 9 Stunden, während im übrigen nur verlangt wurde, daß die Arbeitszeit in 5 Monaten des Jahres auf 10 Stunden im Tag oder 60 Stunden in der Woche verlängert werden könnte. Sonntags sollte nicht gearbeitet werden, dafür eine andere Ruhepause von 30 Stunden gewährt werden.

Aus aller Welt.

Zwei Berliner Raubmörder festgenommen. Der Raubmord an dem Hofhändler Seefeld aus Senftenhütte, der im August auf einem einsamen Waldweg bei Chorinchen überfallen und getötet wurde, ist durch die Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Der Verdacht richtete sich auf zwei Burschen, die sich dort tagelang umhergetrieben hatten, und die nach der Tat in der Gegend nach Berlin gefahren waren. Bei einem Versuch, einen Anzug zu verkaufen, wurde einer der Burschen in Fürstberg i. M. festgenommen. Es stellte sich heraus, daß er eine Uhr in Tempeln verkauft hatte, die als das Eigentum des Ermordeten wiedererkannt wurde. Der festgenommene ist der Arbeiter Richard Löwe aus Berlin, der schließlich eingestand, mit einem Freunde, einem gleichfalls 22 Jahre alten Menschen namens Krebs, dem Hofhändler aufgelauert, ihn ermordet und beraubt zu haben. Krebs war aus Berlin verschwunden, ist aber auf Grund der Mitteilungen der Berliner Kriminalpolizei im Rheinland verhaftet worden.

Ein Krankenhaus in Flammen. Seit Sonnabend nachmittag steht das städtische Krankenhaus in Rattowitz in Brand. Infolge des heftigen Sturmes hat sich die Feuersbrunst über alle Gebäude und Nebenräume ausgebreitet. Der Schaden läßt sich zur Stunde noch nicht überschauen.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht in Ratibor verurteilte den Arbeiter Wilhelm Milka aus Matzschau wegen Mordes zum Tode und lebenslänglichem Zuchthaus. Milka hatte im März den Grubenarbeiter Schramm und seinen Begleiter in Knurum erschossen und eine Wappe mit 250 000 Mk. Lohngebern geraubt.

Megen Hochverrats verurteilt. Im Belber-Hochverratsprozess wurde der Schlosser Wilhelm Graß aus Belber vom Reichsgericht wegen Hochverrats zu 5 1/2 Jahren Festung verurteilt. Wegen Beihilfe zum Hochverrat erhielten 9 Angeklagte Festungstrafen von 3 Jahren bis 1 Jahr 3 Monaten, ein Angeklagter wegen Mittäung 3 Monate Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Allen Angeklagten wurden mildere Umstände zugestanden, da sie nicht aus ehrlicher Gesinnung gehandelt haben und des festen Glaubens waren, einer guten Sache gehend zu haben.

Ein Mord als Mörder. In der württembergischen Stadt Oehringen erschoss beim Einmarsch zu seinem Garten der praktische Arzt Dr. Riedel seinen Schwager, Rechtsanwalt Haas. Der Täter wurde verhaftet. Das Motiv zur Tat bildet anscheinend Familienmiß.

Explosion eines Munitionswagens in Wien. Bei einem Transport von 300 Handgranaten, die für eine Uebung des Alpenjägerbataillons Nr. 7 bestimmt waren, explodierten aus unbekannter Ursache ein Munitionswagen; der den Wagen begleitende Wehrmann wurde getötet, 3 Personen wurden verletzt. Durch die Explosion wurden sämtliche Fenster Scheiben in der Umgebung zertrümmert.

Ein weiblicher Mord in Japan. Ein merkwürdiger Kriminalfall beschäftigt die Öffentlichkeit Japans. Eine junge Japanerin namens Kaneki hat 18 Männer vergiftet, nachdem sie jeden von ihnen zum Abschluß einer Lebensversicherung zu ihren Gunsten veranlaßt hatte. Sie kam zu besserer Kenntnis und ihre hohe Geisteskultur wird überall gerühmt. Sie wußte alle Verste und Versicherungsgesellschaften trefflich zu täuschen. Den ersten Mord beging sie an ihrer eigenen Schwester, in deren Gatten sie sich verliebt hatte. Sie lockte die Männer, die sie zum Todekonfer ausersehen hatte, in ein Teehaus und legte ihnen vergifteten Wein vor. Erst nach dem achtzehnten Morde gelang es, ihrem Treiben ein Ende zu machen.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Potasch und Perlmutter“, Komödie von M. Glas und C. Klein.

Ohne eigentliche tragende Handlung reißt sich in buntem Wechsel Szene an Szene, ausgefüllt von halb boshafte-witzigen, halb gummiartig-oberflächlichen Zwiegesprächen, die dem geschäftlichen Juden so eigen sind. Diese Zwiegespräche sind eigentlich alles im Stück; sie hüpfen grotesk wie irrede Schattenspiele und dorthin, beleuchtet von immer neuen Seiten jene merkwürdige jüdische Geistesstellung, die in der ganzen Welt dem Geschäft sich anpaßt und doch stets ihre Wurzel in den Ghettos des vorigen Jahrhunderts hat. Juden, die noch nicht von ihrer kulturellen Linie wegstreben, und die noch nicht mit aller Macht nach Westen wollen, sei es dem Neuort, sei es dem Berliner.

Der äußere Erfolg des Stückes, der in seiner Heimat Neuport und auch in Berlin ein sehr starker war, ist in den ausgepöhlwichtigen und rauh wechselnden Gesprächen begründet. Tiefere Grund wird er liegend in den bizarren und winzigen Charakteren haben, die die Gespräche tragen; in den Spielarten jeter merkwürdigen jüdischen Geistesstellung von gerissener rücksichts- und hebdensloser Geschäftemacherei mit beinahe unverfälschter Gutmütigkeit. Leider verliert sich — insbesondere im dritten Akt — der Mischung erster Teil so vollständig, daß auch der zweite uninteressant, weil sentimentaler und fast kitschig wird. Gelohnt bis zur Peleite — hundert Jahre sollst du werden alt, aber davor soll schätzen Gott der Gerechte mich und dich.

Jede Aufführung muß versuchen, aus dem Meer der Worte die interessantesten Charakterzüge emporragen zu lassen. Da die Worte fast nur auf Spizzen und Spiele zugeschnitten sind, letzte leichte Aufgabe. Die Potasch und Perlmutter sind zum Unterstreichen und verweisen dann das jadtige Bild. Schwimmen sie stets oben auf, so verflüchtigt das realistische Nebenbei und damit das einzige Gegengewicht des Natur-Witz-Machens.

Auch die hiesige Aufführung war von diesem Fehler nicht frei, obwohl sie im ganzen überraschend gut war. Am besten traf die jüdische Komik wohl Peter Höliriegel (Potasch); manche scheinbar nebensächliche Bewegung umleuchtete den Juden besser als eine ganze Szene Worte. Am Schluß des zweiten Aktes allerdings näherte sich das Spiel bedenklich der Naturkomik des konventionellen Lustspielkonzels. Mag es im Augenblick noch so wirken, es verdirbt den eigentümlichen Reiz des Stückes und damit die Wirkung in der Wiederholung, d. h. auf die Dauer.

Der mimisch begabte M. Waller-Böhne gab in würdigem Gegenpiel den höchst problematischen Perlmutter. Nach anfänglicher Nervosität fand er erst später die nötige Ruhe, und das zu starke Gehen mit den Textspitzen beeinträchtigte den äußeren Eindruck, der gerade bei Bühnenfähigkeiten unbedingt führend hätte sein müssen. Das ganze übrige Spiel fand den nötigen drastisch-realistischen Ton des Stückes nicht im gleichen Maße. Besonders gilt das von W. Süßing, der den einzigen hollen Juden des Stückes, den Advokaten Feldmann, zu geben hatte. Süßing muß sich für solche Rollen ganz anders einstellen; Sprache sowohl als auch Mimik sind viel zu unwirksam und zu unbewußt. Ähnliches gilt für Eilf Thiel, die allerdings durch ihren stillen und sympatischen Dialog trotzdem günstig wirkte. Emma Dpel gab die Frau Potasch zu sehr als komische Alte, und fiel infolgedessen gegen die Höliriegel und Böhne stark ab. Kubat gab den edlen russischen Studenten etwas zu ebel. Heidemann redete selbst für einen redelustigen Geschäftreisenden zu schnell. Mit Morar war alles, nur kein Jude, obwohl er am besten den Fargan beherrschte.

Die Einstellkunst (B. v. Bangard) war gut; manchmal hätte sie mehr realistische Drastik herausarbeiten können. —

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 14./15. Oktober 1921.

Ware	Kleinhändlerpreis für 1 Pfund in Pfg.			Kleinhändlerpreis für 1 Pfund in Pfg.		
	heutig	hoch	niedrig	heutig	hoch	niedrig
Getreide u. Getreideerzeugnisse						
Weizen I	1200	1400	900	1200	1400	900
Weizen II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Roggen I	1200	1400	900	1200	1400	900
Roggen II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Gerste I	1200	1400	900	1200	1400	900
Gerste II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Hafer I	1200	1400	900	1200	1400	900
Hafer II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Wicke I	1200	1400	900	1200	1400	900
Wicke II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Leguminosen						
Erbsen I	1200	1400	900	1200	1400	900
Erbsen II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Bohnen I	1200	1400	900	1200	1400	900
Bohnen II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Obst						
Äpfel I	1200	1400	900	1200	1400	900
Äpfel II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Birnen I	1200	1400	900	1200	1400	900
Birnen II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Obst und Gemüse						
Kartoffeln I	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln II	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln III	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln IV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln V	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln VI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln VII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln VIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln IX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln X	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XX	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXX	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXXI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXXII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXXIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXXIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXXV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXXVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXXVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XXXVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XXXIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XL	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XLI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XLII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XLIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XLIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XLV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XLVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XLVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln XLVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln XLIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln L	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LVIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LX	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXX	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXX	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXIV	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXV	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXVI	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXVII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXVIII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXIX	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXX	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXXI	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXXII	1400	1500	1000	1400	1500	1000
Kartoffeln LXXXXIII	1200	1400	900	1200	1400	900
Kartoffeln LXXXXIV	140					

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Mag Fischer“ am 21. Oktober. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altfähre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Søndersjø-Norste Dampskibsselskab“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Martha“ am 21. Oktober. Vertreter: Rob. W. Siemann jr., Alfstr. 88.

Christiania, Skien und Drammen alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Feldlinien“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora“, Ladereit berechnet für den 20. Oktober nach Christiania und Vorkgrund. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim event. Gauselund, Alesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Motorship Siger“ etwa 25. Oktober. Vertreter: Lloyd-Transport-Gesellschaft, Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der „Finska Angfartsgesellschaft“ in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Mira“ am 22. Oktober. Anmeldung von Passagieren bei Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Bedergrube 89.

Nach Wiborg und Koffa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Goblenz“ am 19. Oktober.

Nach Wasa, Gamla Karleby und Neaborg monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Fris“ am 21. Oktober. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 48.

Helsingfors. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Astania“ am 19. Oktober.

Ab. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Astania“ am 19. Oktober. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: G. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Ab., etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Angfartsgesellschaft „Bore“ in Ab. Nächste Expedition: Dampfer „B. Thoröft“ am 22. Oktober. Personen- und Frachtverkehr: Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Bedergrube 89.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ am 22. Oktober. Vertreter: G. G. Vertling, Gr. Altfähre 23.

Litau und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ am 22. Oktober (nur nach Reval). Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Danische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altfähre 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Fehmarn“. Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Laht & Severin, Schlüsselbuden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Jppenlinie“, bei Bedarf Extradampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Bedergrube 52.

Königsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

Königsberg etwa alle 14 Tage. Nächste Expedition: ca. 15. Oktober. Vertreter: F. G. Vertling, Gr. Altfähre 23.

Silbampferverbindung Lübeck-Magdeburg.

Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburg-Lübecker Silbampfer-Gesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. G. Vertling, Gr. Altfähre 23.

Nach Lauenburg a. C. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lübeck & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorschuten.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mühl- und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluß an den täglichen Silbampferverkehr aufwärts. — Gütermeldungen bei Karl Steder, Gr. Altfähre 16.

Gewerbeschule.

Für alle Abteilungen (außer den sogen. Winterklassen) beginnt der Unterricht am Dienstag, dem 18. Oktober, morgens 8 Uhr.

Die Winterklassen (Landwirtschaftl. Winterschule, Maurer und Zimmerer, Maler) beginnen am Dienstag, dem 1. November, morgens 8 Uhr.

Die Handwerkerschule (Abend-Gehilfenkurse) beginnt ebenfalls am 1. November.

Neuanmeldungen zu den am 1. Novbr. beginnenden Unterrichtsabteilungen sind schleunigst schriftlich bei der Schulleitung zu bewirken.

7817) Der Direktor.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 (2) der Hafen- und Revierordnung vom 17. August 1904 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen am Dienstag, dem 15. November 1921, vormittags 8 1/2 Uhr im Wasserbauamt, Mühlendamm 10 — Zimmer 10 — einzutreten.

Gefuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Vorlegung eines kurz gefaßten Lebenslaufes und des Schifferpatentes bis zum 5. November 1921 schriftlich an das Wasserbauamt, Mühlendamm 10 — Zimmer 10 — einzutreten.

Zugelassen werden nur Schiffer, die des Jahres innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsantrag als angeführte Schiffsführer mindestens 3 mal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Bestande eines Lotsen befahren haben.

Lübeck, den 15. Oktober 1921. 7820) Die Baubehörde.

Rehverpachtung.

Der Reet an der Untertrave von der Staatswerft bis Schlutup wird am Mittwoch, dem 26. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr auf der Staatswerft, Glasbüttenweg, öffentlich meistbietend verpachtet. Die Bedingungen liegen im Bauamt von 8 bis 1 Uhr zur Einsicht aus.

7819) Wasserbauamt II.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zum Jubiläum dankt herzlich

7833) Aug. Kabsen.



Am 14. d. M. verstarb unter Zurücklassung

7826) Der Vorstand.

Beerdigung am Mittwoch, d. 19., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof. Zahlreiche Beteiligung erwünscht

7824) Mädchen

für Beerdigung sofort. Dauernde leichte Beerdigung. Reform, Hagen 51.

Von je Mädchen einzeln. Wohl zuwar get. Ang. u. S. U. a. die Exp. 7823)



Selbst bei Regen

wasserdichte und doch blanke Stiefel bei Verwendung

von **Lavalin**

Mühe los putzend wie 1914 Überall zu haben.

Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hamm-Riddingen

Vertreter: Emil Scheel, Lübeck, Telefon 798. Moltkestraße 1. (7816)

Betr. Artikel

„Von unseren wahren Freunden“ in der Nummer 239 des Lüb. Volksboten vom Mittwoch, dem 12. Oktober 1921:

Die Blauen Bücher

Verlag Langewiesche, Königstein.

Richter: Zur guten Einkehr. Larsson: Das Haus in der Sonne.

Zu haben in der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Der

Neue-Welt-Kalender für 1922

ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. („Lübecker Volksbote“), Johannisstr.

Visitenkarten

liefern Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Ich war am ganzen Leib damit

Gleichen

besteht, welche mich durch das ewige Judenlag u. Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Erg. M. Dazu Zuckooch-Crema (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

(7815)

Deutscher

Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung

der Hausdiener u. Reinmachefrauen

am Dienstag, dem 18. Oktober abends 6 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.

7842) Die Ortsverwaltung.

Nehme meine Sprechstundenpraxis wieder auf, behandle nur innere Krankheiten.

Sprechstunden werkt. 11—1 Uhr. Tel. 8865.

Dr. med. Siering.

Morgen Vormittag wieder Abgabe von

Bratenfischmalz 12.00

Speisefischmalz 15.00

7888) Bedergrube 21.

Detektiv-Bureau

Inh. J. Morgenstern übernimmt alle Fälle. (7821) Fegeseuer 15, II. Fernr. 3181.

Neu erschienen!

Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—

Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46.

Billige Äpfel und Birnen

Glockengießerstr. 2. Verkauf von 8 Uhr an. 7840) Körbe mitbringen.

Schirmreparatur

Neubeziehen Ed. Teichmann. 7814) Hundstr. 45.

Für die kommenden Bürgerchafts-Wahlen

ist die Gewinnung neuer Abonnenten für den „Lübecker Volksboten“ und die Werbung weiterer Mitglieder für die Sozialdemokrat. Partei

Pflicht jedes Genossen!

Homöopathische Heilpraxis!

Behandlung von Krankheiten durch Anwendung von Magnesiums, Elektrizität und Heilkräutern 7827

Sprechstunde: vorm. 10—12 nachm. 3—5. A. Parschow Chemiker Am Burgfeld 31

Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren

— 50 Pfg. — Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.